

bundessparte
**industrie
aktuell**

wissenschaftliches institut

2013 1



Sigi Menz

Industriestandort mit Baustellen

Leistungsbericht

der Bundessparte Industrie

Industriekonjunktur aktuell

Im Überblick und nach Branchen

Bundessparte Industrie (BSI)

Die **Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich** vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von rund 4.000 Mitgliedsunternehmen, die schwerpunktmäßig der Industrie zuzuordnen sind. In der österreichischen Industrie sind rund 400.000 Personen beschäftigt.

Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

Industriewissenschaftliche Institut (IWI)

Das **Industriewissenschaftliche Institut (IWI)** setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).



Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Telefon: 05 90 900-3460

Telefax: 05 90 900-273

Internet: <http://wko.at/industrie>, E-Mail: bsi@wko.at

| | | | |
|------------------------|----------------|---|--|
| Präsidium | Obmann | Mag. Siegfried Menz | |
| | Stellvertreter | Veit Schmid-Schmidfelden Vizepräs. KommR DI Dr. Clemens Malina-Altzinger | Rupert Fertinger GmbH Reform-Werke Bauer & Co. Ges.m.b.H. |
| | kooptiert | Günter Dörflinger, MBA Dr. Paul Rübiger | Christof Holding AG Rübiger GmbH & Co KG |
| Geschäftsführer | | Dr. Manfred Engelmann | |



Industriewissenschaftliches Institut

Mittersteig 10/4, 1050 Wien

Telefon: 513 44 11-0

Telefax: 513 44 11-2099

Internet: <http://www.iwi.ac.at>, E-Mail: office@iwi.ac.at

| | | | |
|----------------------------------|----------------|---|---|
| Vorstand | Vorsitzender | Hon.Prof. Dr. Wilfried Stadler | |
| | Stellvertreter | Gen.Sekr. Mag. Anna Maria Hochhauser Gen.Sekr. Mag. Christoph Neumayer | Wirtschaftskammer Österreich Vereinigung der Österreichischen Industrie |
| | | Mag. Markus Beyrer Dr. Wolfgang Damianisch Mag. Christian Domany Dr. Manfred Engelmann Dr. Erhard Fürst DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold DDr. Herwig W. Schneider | Business Europe Wirtschaftskammer Österreich Münze Österreich AG |
| Kuratorium | Vorsitzender | VPräs. Dr. Hellmut Longin | Vereinigung der Österreichischen Industrie |
| | Stellvertreter | Prof. Herbert Krejci Dir. Mag. Dr. Johannes Turner | Österreichische Gesellschaft für Europapolitik Oesterreichische Nationalbank |
| Geschäftsführer | | DDr. Herwig W. Schneider | |
| Wissenschaftlicher Leiter | | Univ.Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáčík | |

industrie aktuell

| | |
|----------------------------------|----------|
| Manfred Engelmann | 2 |
| Unter der Verpackung ... | |
| Sigi Menz | 3 |
| Industriestandort mit Baustellen | |

Leistungsbericht 2012

| | |
|---|-----------|
| Christoph Kainz, Johann Markl, Andreas Mörk | 6 |
| Arbeitgeberpolitik | |
| Hagen Pleile | 9 |
| Recht und Infrastruktur | |
| Andrea Bärenthaler, André Buchegger, Richard Guhsl | 13 |
| Umwelt- und Energiepolitik | |
| Michael Renelt | 19 |
| Wirtschafts- und Forschungspolitik | |
| Manfred Engelmann | 22 |
| Öffentlichkeitsarbeit | |
| Industriekonjunktur | |
| Herwig W. Schneider | 24 |
| Die internationale Konjunktorentwicklung | |

inhalt

| | |
|--|-----------|
| Manfred Engelmann | 26 |
| Industriekonjunktur: Kein Exportwachstum im Binnenmarkt, Impulse nur durch Nachfrage aus Übersee | |

Industriekonjunktur nach Branchen

| | |
|---|----|
| Gesamtindustrie | 29 |
| Bergwerke und Stahl | 29 |
| Stein- und keramische Industrie | 30 |
| Glasindustrie | 30 |
| Chemische Industrie | 31 |
| Papierindustrie | 31 |
| Papierverarbeitende Industrie | 32 |
| Bauindustrie | 32 |
| Holzindustrie | 33 |
| Lebensmittelindustrie | 33 |
| Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie | 34 |
| Gießereindustrie | 34 |
| NE-Metallindustrie | 35 |
| Fahrzeugindustrie | 35 |
| Maschinen & Metallwaren | 36 |
| Elektro- und Elektronikindustrie | 36 |

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

| | |
|--|--|
| Medieninhaber Unternehmens- gegenstand Vorstand | Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at, ZVR-Zahl: 247058831 Wirtschaftsforschungsinstitut Vorsitzender: Hon.Prof. Dr. Wilfried Stadler; Stellvertreter: Gen.Sekr. Mag. Anna Maria Hochhauser, Gen.Sekr. Mag. Christoph Neumayer; Mitglieder: Mag. Markus Beyrer, Dr. Wolfgang Damianisch, Mag. Christian Domany, Dr. Manfred Engelmann, Dr. Erhard Fürst, DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold, DDr. Herwig W. Schneider |
| Geschäftsführer Blattlinie | DDr. Herwig W. Schneider Fachzeitschrift für Entscheidungsträger in der Wirtschaft |

Impressum

| | |
|---|--|
| Herausgeber | Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at Wirtschaftskammer Österreich Bundessparte Industrie, A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63, Tel.: +43 (0)5 90 900 3417, E-Mail bsi@wko.at |
| Medieninhaber Redaktion Satz und Layout Autoren | Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4 Christoph Hartmann (Chefredakteur), Michael Renelt CMS Vesely GmbH, A-2100 Korneuburg Andrea Bärenthaler, André Buchegger, Manfred Engelmann, Richard Guhsl, Christoph Kainz, Johann Markl, Sigi Menz, Andreas Mörk, Hagen Pleile, Michael Renelt, Herwig W. Schneider Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder. |
| Auskunft und Bestellung Druck Erscheinung ISSN | Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at AV+Astoria Druckzentrum GmbH, A-1030 Wien Vierteljährlich 1023-8387 |



Manfred Engelmann

Unter der Verpackung...

Eines der zahllosen Gesetzesvorhaben, die im vorliegenden Jahresbericht - weil für die Industrie höchst relevant - erwähnt werden, ist die **Novelle zum Abfallwirtschaftsgesetz im Verpackungsbereich („Verpackungsverordnung“)**. Die Verpackungsverordnung ist von der durchweg positiven Idee bestimmt, man müsse in die Sammelsysteme **mehr Wettbewerb** bringen. Daraus sollte sich ein Mehr an Effizienz und eine Senkung der Kosten ergeben. Hinzu kommt, dass durch effiziente und kostengünstige Sammelsysteme ein wichtiger Schritt gesetzt werden könnte, die Versorgungssicherheit Europas mit Rohstoffen zu erhöhen.

Österreich verfügt über ein bewährtes Sammelsystem, das zu beachtlichen Recyclingquoten geführt hat. Die Weiterentwicklung des bisherigen Systems muss von der Zielsetzung bestimmt sein, das hohe Niveau des bestehenden Systems zu erhalten. Das Grundprinzip der Selbsterfüllung der Wirtschaft und der Kostenkontrolle durch die Wirtschaft muss gewahrt bleiben. Ein maßgebliches Mitspracherecht beziehungsweise Mitbestimmungsrecht der Verantwortlichen ist daher beizubehalten. Einige Eckpunkte des im Jänner 2013 in Begutachtung gegangenen Entwurfs der Novelle zur Verpackungsverordnung erscheinen der Bundessparte Industrie noch wenig befriedigend und sind zu klären beziehungsweise abzuändern.

- Eine exakte Abgrenzung von Haushaltsverpackungen zu gewerblichen Verpackungen ist eine wichtige Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb zwischen den Systemen. An der vorgegebenen Definition ist aber aus Sicht der Industrie noch zu feilen.
- Zur Systemteilnahme sollen definierte Primärverpflichtete (Abpacker, Hersteller, Importeure, Eigenimporteure und Versandhändler) verpflichtet werden, eine Lizenzierung durch vorgelagerte (Verpackungshersteller) oder nachgelagerte Stellen (Handel) ist nicht möglich. Die Teilnahme hat außerdem gesamthaft für eine Sammelkategorie bei einem System zu erfolgen. Auch diese neuen Regelungen sind für manche Verpackungen - insbesondere Glasverpackungen - problematisch und sollten nochmals überarbeitet werden.
- Neue finanzielle Belastungen sieht der Entwurf auch durch die vorgeschlagene Erhöhung der „Abfallvermeidungsabgabe“ von drei Promille auf ein Prozent vor, die wir mit Nachdruck ablehnen.
- Die Abgeltung der im Restmüll angefallenen Verpackungen soll in einer eigenen Verordnung festgelegt werden. Eine Abgeltung auf Basis von 100% Marktmengenerfassung ist aus unserer Sicht undenkbar. Die Wirtschaft trägt bereits jetzt die Kosten für sämtliche getrennt gesammelten Verpackungen.
- Verfassungsrechtliche Bedenken bestehen gegen die vorgesehene Verpflichtung der gewerblichen Anfallstellen, ihre Verpackungen an Systeme weiterzugeben. Damit wird ohne sachliche Rechtfertigung in das Eigentumsrecht der Gewerbebetriebe eingegriffen.

Das Verpackungsabfallrecycling hat seit der Einführung der Verpackungsverordnung 1993 in Österreich eine positive Entwicklung genommen - wenn auch um den Preis einer hohen Bürokratiebelastung der Wirtschaft. Die Industrie begrüßt jeden Schritt, der die **unerwünschten Nebenwirkungen der bisherigen Regelung** abzumildern in der Lage ist. Sie wird sich aber auch von einer attraktiven Verpackung - mit dem großen Hinweis **„Jetzt mit mehr Wettbewerb“** - davon abhalten lassen, die Detailfragen genau zu studieren und danach zu beurteilen, ob die geplanten Schritte **im Interesse der Industrie** sind.

Dr. Manfred Engelmann ist Geschäftsführer der Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich.

Sigi Menz



Industriestandort mit Baustellen

In dieser Ausgabe von „industrie aktuell“ werden die vielfältigen Bemühungen der Bundessparte Industrie dargestellt, für bestmögliche Rahmenbedingungen industrieller Tätigkeit zu sorgen.

Wenn man nur ein wenig in diesem Bericht blättert, wird man aus dem Kopfschütteln kaum herauskommen: Während in den Sonntagsreden von EU-Vertretern von der notwendigen **Re-Industrialisierung Europas** gesprochen wird, steht die Industrie tagtäglich vor der Aufgabe, Anschläge auf die Qualität des Industriestandortes abzuwehren oder veraltete Einschränkungen behutsam an die Anforderungen höherer Flexibilität anzupassen.

„Die Aufmerksamkeit, die der Industrie von der Politik entgegengebracht wird, beruht auf der Erkenntnis, dass **eine solide Industriebasis eine Grundvoraussetzung für den Wohlstand und den wirtschaftlichen Erfolg Europas darstellt**“, schrieb die EU-Kommission im Oktober 2012 in ihrer Mitteilung zur Industriepolitik¹. Richtig an diesem Satz ist, dass die Industrie Trägerin von Wachstum, Wertschöpfung, Beschäftigung und Wohlstand ist. Diese Rolle kann sie umso wirksamer spielen, je mehr die Politik auf positive Rahmenbedingungen achtet. Dass der Industrie eine besondere Aufmerksamkeit seitens der Politik entgegengebracht wird, ist nicht erkennbar.

Im Gegenteil: Insbesondere im **Umwelt- und Energiebereich** wird - unter Federführung der Institutionen der Europäischen Union - eine Politik verfolgt, bei der von Augenmaß gegenüber den Interessen der europäischen Industrie im globalen Standortwettbewerb keine Rede sein kann. Dass dann in Österreich vielfach die Neigung besteht, die ohnedies bereits weltweit strengsten Regelungen der Europäischen Union in der Umsetzung weiter zu verschärfen und besonders restriktiv auszulegen („Golden Plating“), ist ein bedauerliches und für den österreichischen Standort besonders schädliches Phänomen.

Falsche Politik vertreibt die Industrie

Ein weiteres Mal darf ich auf die Mitteilung zur EU-Kommission zur Industriepolitik verweisen: Darin wird

nämlich - völlig zu Recht - auf das **große ökologische Potenzial industrieller Innovationen** verwiesen. Etwas konsterniert wird dann aber am Beispiel von Lithiumbatterien (die eine höhere Energiedichte und lange Lagerfähigkeit haben und damit für verschiedene umweltfreundliche Anwendungen besonders gut geeignet sind) festgestellt, dass „Europäische Unternehmen ... zwar die Inhaber von über 30 % der relevanten Patente (sind), produziert werden die Batterien aber **nur außerhalb der EU**“. Überrascht das angesichts der restriktiven Umweltvorschriften wirklich jemanden außerhalb eines offenbar etwas weltfremden Autorenteams in den Glaspalästen der EU-Kommission?

Ich möchte nicht falsch verstanden werden: Die **Industrie bekennt sich** - schon aus eigenen Interessen - zu einem möglichst **schonenden Einsatz an Rohstoffen und Energie**; sie bekennt sich zu einer bestmöglichen **Reduktion von Emissionen und Immissionen**, orientiert am Stand der Technik. Aber gegen die laufenden Warnungen der europäischen und österreichischen Industrie wurde in den letzten Jahren (bald schon Jahrzehnten) eine ressourcen- und umweltschonende Produktion am Standort Europa - und insbesondere auch Österreich - durch eine weltfremde und vollzugsuntaugliche Umweltpolitik sinnlos **erschwert**. So darf man sich nicht wundern, wenn die Produktion in Länder und Regionen ohne jegliche umweltpolitische Rahmenbedingungen **abwandert** - mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die globale Umweltbilanz.

Industrie federführend bei Energie- und Ressourceneffizienz

Der schonende Umgang der Industrie mit Ressourcen wird auch von der EU-Kommission bestätigt: „Außerdem ist **nur** die Industrie in der Lage, die Energie- und Ressourceneffizienz der gesamten Wirtschaft in Zeiten weltweiter Ressourcenverknappung zu verbessern“, schreibt sie in der schon erwähnten Mitteilung. Ich kann nur hoffen, die Politik erinnert sich dieses Satzes, wenn wieder einmal zur **Jagd auf die energieintensive Industrie** geblasen wird. Ich darf in diesem Zusammenhang auf die in der vorliegenden Ausgabe geschilderte Auseinandersetzung um das

österreichische **Energieeffizienzgesetz** verweisen (siehe Seite 13), bei dem ja der Gesetzgeber offenbar gemeint hat, durch möglichst hohe bürokratische Hürden die Industrie gängeln zu müssen - anstatt die Bemühungen der Industrie um Effizienz wirksam zu unterstützen.

Ein letztes Mal darf ich aus der Mitteilung der EU-Kommission zur Industriepolitik zitieren: „Ein Schlüssel zum Erfolg unserer Industriepolitik sind auch Begleitmaßnahmen zur Förderung der Investitionen in **Humanressourcen** und die **Qualifikation** der Mitarbeiter“.

Auch wenn angesichts zuletzt gestiegener Arbeitslosenzahlen viele Menschen - leider auch viele Entscheidungsträger - das Thema nicht wahrhaben wollen: Zu den langfristig gefährlichsten „Baustellen“ des Industriestandorts Europa (und insbesondere wiederum des Standorts Österreich) zählt der **Mangel an Arbeitskräften mit den für die Industrie relevanten Qualifikationen**.

Mangel an Arbeitskräften hemmt Wachstum

Der Mangel an Arbeitskräften mit Schlüsselqualifikationen, vor allem im technischen Bereich, ist heute in Österreich bereits ein **wachstumshemmender Faktor**: Meldungen aus Unternehmen zeigen, dass dadurch konkrete Ausbaupläne, Forschungsvorhaben und Auftragsübernahmen behindert und - leider - mitunter sogar verhindert werden.

Die Industrie setzt sich daher vehement für die Sicherstellung eines qualifizierten Berufsnachwuchses im Rahmen einer **Bildungsreform** ein. Eckpunkte einer solchen Reform müssen sein:

- Bildungspolitische Maßnahmen zur Sicherstellung des schulischen Ausbildungsniveaus in den Primar- und Sekundarschulen
- Keine Erschwerung des Einstiegs in die höhere technische Berufsausbildung
- Gleichwertigkeit der dualen Ausbildung gegenüber der schulischen Ausbildung
- Förderung des Zugangs zu Fachhochschulen und Universitäten für technische Ausbildung.

Ein besonderes bildungspolitisches Problem stellt dabei das bei vielen Schulabgängern **schwache Niveau**

an Lese-, Schreib- und Rechenkompetenz dar: Untersuchungen zeigen - und Berichte aus Unternehmen bestätigen - immer wieder, dass eine erschreckend hohe Zahl an Jugendlichen in diesen Bereichen enorme Defizite aufweist. Diese Defizite machen eine volle Teilhabe an vielen Aspekten des modernen Lebens unmöglich und sind für die zunehmenden Herausforderungen des Arbeitslebens eine oft unüberwindliche Hürde.

Die gesamte österreichische Wirtschaft ist von diesem Problem massiv betroffen: Von den insgesamt weniger werdenden Jugendlichen wird ein prozentuell immer höherer Anteil in das weiterführende Schulsystem gelenkt (nicht immer zum Vorteil dieser Jugendlichen, sondern vielfach zur Auslastung schulischer Einrichtungen); damit **sinkt die Gesamtzahl an potenziellen Lehranfängern** und davon hat ein wachsender Anteil die erwähnten, oft eklatanten Lese-, Schreib- und Rechenschwächen.

Verwunderlich ist, dass die bildungspolitische Diskussion auf diese unbestrittene Tatsache praktisch ausschließlich mit verschiedenen Vorschlägen zur Reform der Sekundarstufe reagiert. Angesichts der Lehrpläne sollte man davon ausgehen, dass sinnerfassendes Lesen, halbwegs korrektes Schreiben und die Kenntnis der Grundrechnungsarten bereits in der **Volksschule** erlernt werden sollten. Offenbar werden aber schon in der Primärstufe die gesteckten Ziele bei einer nicht geringen Zahl an Schülern verfehlt - und dann in den folgenden Jahren der Sekundarstufe diese Bildungsdefizite nicht wieder aufgeholt. Jede Bildungsdebatte, die oft mit ideologischen Untertönen ausschließlich auf die Schule der 10- bis 14-jährigen fokussiert ist, greift eindeutig zu kurz.

Kernthema Lehre

Abgesehen von den drängenden Problemen der Ausbildungsqualität vieler Pflichtschulabsolventen sind die Reformwünsche der Industrie vor allem auf eine entsprechende **Anerkennung der Lehre** gerichtet: In diesem Zusammenhang geht es von der Gleichbehandlung mit der schulischen Ausbildung bis hin zur verbesserten Durchlässigkeit zu einer „Tertiären Weiterbildung“.

Die Industrie ist im Bildungsbereich nicht nur eine mahnende Stimme, sondern ein aktiver Player. Von

Industrieunternehmen sind in den letzten Jahren **zahlreiche größere und kleinere Initiativen** ausgegangen, von der Bereitstellung von Technikbaukästen für Kinder, der Einrichtung von Töchertagen in Unternehmen, der Beteiligung an der SEMI High Tech University, der Entwicklung einer eigenen Ausbildungsschiene als Kombination von Lehre, HTL und Matura bis hin zur Gründung des FH Technikum Wien. Gerade vor dem Hintergrund dieser Anstrengungen darf die Industrie umso mehr die **Politik in die Pflicht nehmen**, auch ihren Beitrag zu leisten.

Besonders erfolgreich ist die Industrie in der **Ausbildung von Lehrlingen**. Obgleich seit Beginn der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 die Gesamtzahl der Industrie-Lehrlinge zurückgegangen ist, werden doch heute um etwa zehn Prozent mehr Lehrlinge in der Industrie ausgebildet als um das Jahr 2000. Durch ein attraktives Ausbildungsangebot ist es gelungen, das Image der Industrielhre zu verbessern. Dank des bewährten dualen Ausbildungssystems sorgt die Industrie für den Nachwuchs an qualifizierten Facharbeitern von morgen.

Best Practice Modell Lehrlingsausbildung

Fast täglich hören, sehen und lesen wir über **besorgniserregende Arbeitsmarktdaten in vielen europäischen Ländern**. Ganz besonders betroffen sind **Jugendliche** in von der Wirtschafts- und Finanzkrise stark in Mitleidenschaft gezogenen Staaten. Im Vergleich dazu relativ gute Daten hinsichtlich Jugendbeschäftigung können die Länder mit gefestigter, teils Jahrhunderte alter Tradition in der Lehrlingsausbildung verweisen. Allen voran Österreich, Deutschland, Schweiz und einige angrenzende Länder beziehungsweise Regionen.

Das Modell Lehrlingsausbildung/Duale Ausbildung hat im Lichte der dramatischen Situation in vielen EU-Ländern auch bei Verantwortlichen auf EU-Ebene Gefallen gefunden und so werden zunehmend mehr Stimmen laut, die das **„Best Practice Modell Lehrlingsausbildung“** in die Krisenländer übertragen wollen. Das wird nicht einfach sein, denn ein funktionierendes duales Berufsbildungssystem setzt eine entsprechende Ausbildungskultur in den Unternehmen, ein Verständnis für Lernen auch außerhalb der klassischen Schule und vieles mehr voraus. Ganz besonders wichtig scheint mir dabei das breite (in Österreich noch vorhandene)

Verständnis in allen Gesellschaftsschichten dafür, dass man am effizientesten in einem Arbeitsumfeld für das Arbeitsleben lernen kann.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass einige namhafte Industrieunternehmen das österreichische Lehrlingsmodell zu einem **Exportprodukt** gemacht haben und, angepasst an die lokalen Bedingungen, ähnliche Modelle der Ausbildung in ihren ausländischen Werken und Niederlassungen eingeführt haben - mit großem Erfolg, wie diese Unternehmen berichten.

Wenn ich zuvor angesprochen habe, dass in Österreich **noch** ein breiter Konsens darüber herrscht, dann in der Sorge, dass dieses Vorzeigemodell im eigenen Land unter seinem Wert geschlagen wird. Wir erleben leider immer öfter, dass die **Lehrlingsausbildung schlecht geredet** und punktuell bestehende Unzulänglichkeiten zu einer systemischen Krise hochstilisiert werden - anstatt die positiven bildungspolitischen und beschäftigungspolitischen Komponenten in den Vordergrund zu stellen. Dazu ein klares Wort: Das ist **verantwortungslos**. Und zwar insbesondere gegenüber den Jugendlichen, die im Weg der Industrielhre eine wirklich fundierte und krisenfeste Grundlage für ihr Arbeitsleben erhalten.

Wir müssen verhindern, dass die Lehrlingsausbildung mutwillig beschädigt wird. Die Rahmenbedingungen für die duale Berufsausbildung in Österreich müssen bewahrt beziehungsweise verbessert werden, damit das „System Lehre“ nicht auswandern muss, um in anderen Ländern zu neuem Erfolg durchzustarten.

- 1 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: „Eine stärkere europäische Industrie bringt Wachstum und wirtschaftliche Erholung - Aktualisierung der Mitteilung zur Industriepolitik“, Brüssel, 10. Oktober 2012. Im Internet zu finden unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0582:FIN:DE:PDF>

Sigi Menz ist Obmann der Bundessparte Industrie und Vorsitzender des Vorstandes der Ottakringer Getränke AG.



Christoph Kainz
Johann Markl
Andreas Mörk

Arbeitgeberpolitik

Die Kollektivvertragsverhandlungen des Jahres 2012 waren geprägt vom Bemühen der Fachverbände der Metallindustrie, ihre Verhandlungen erstmals seit vier Jahrzehnten selbständig durchzuführen. Im Vorfeld und während der Verhandlungen hat die Arbeitgeberabteilung der Bundessparte Industrie bei diesen und bei allen weiteren Verhandlungen der Fachverbände der Bundessparte Industrie wesentliche Unterstützung geleistet. Für die Kurzarbeit konnten - nicht zuletzt durch die Initiative der Bundessparte Industrie - einige Verbesserungen erreicht werden. Im Bereich des Arbeitnehmerschutzgesetzes konnte ein politischer Erfolg erzielt werden.

Die Frühjahrslohn- und -gehaltsrunde, die mittlerweile eine größere Zahl betroffener Arbeitnehmer umfasst als die traditionelle Herbstlohnrunde, war noch geprägt von einer hohen Inflationsrate. Die Abschlüsse lagen aus diesem Grund teilweise über vier Prozent (Bau, Papier, insbesondere chemische Industrie). Die niedrigeren Inflationsraten im Laufe des Sommers wirkten sich erst für die Verhandlungen im Herbst aus.

Schon unmittelbar nach Abschluss der Herbstlohnrunde 2011 wurden von den einzelnen Fachverbänden der Metallgruppe Überlegungen zu **branchenspezifischen Verhandlungen** wieder aufgegriffen. Bereits in den Jahren 2005 und 2006 wurde diese Diskussion vor allem im Fachverband Maschinen & Metallwaren, aber auch in der Gießereiindustrie, geführt. Der Abschluss einer erfolgsabhängigen Einmalzahlung sowie deren sukzessiver Ausgestaltung in den Folgejahren konnte ein Auseinanderbrechen der Verhandlungsgemeinschaft vorerst verhindern.

Die zunehmende Internationalisierung des Wettbewerbs und die unterschiedliche Betroffenheit der einzelnen Fachverbände von den Auswirkungen eines Lohnabschlusses ließen die Diskussion in den letzten zwei Jahren wieder aufleben. Die durchschnittlichen Lohtangenten (Personalkosten in Relation zu Umsatz) in den einzelnen Fachverbänden, die zwischen fünf und 28 Prozent liegen, führten zu Überlegungen,

diesen Faktor bei den nachhaltigen Erhöhungen zu berücksichtigen. Eine Lösung auf Kollektivvertragsebene scheiterte aber letztlich.

Der **Fachverband Maschinen & Metallwaren (FMMI)** gab seinen Entschluss, künftig eigenständig verhandeln zu wollen, im April 2012 bekannt und bot der Gewerkschaft umgehend die Aufnahme der Verhandlungen an. Auch die **Gießereiindustrie**, die bereits davor in separate Gespräche mit den Gewerkschaften getreten war, deponierte den Wunsch nach branchenspezifischen Lösungen auf Kollektivvertragsebene. Auch die weiteren Fachverbände (Bergbau/Stahl, NE-Metall, Fahrzeug und Gas/Wärme) betonten, unter diesen Umständen eigenständig verhandeln zu wollen.

Demgegenüber traten die Gewerkschaften in der Öffentlichkeit vehement gegen eine Auflösung der Verhandlungsgemeinschaft auf. Die Rede war von einem „Bruch der Sozialpartnerschaft“ und einem „Revanchefoul“ für die erfolgreichen Verhandlungen des Vorjahrs. In den Gesprächen der Fachverbände mit den Gewerkschaften wurde jedoch in **sachlicher Atmosphäre** nach Lösungen gesucht. Vom Fachverband Gießereiindustrie wurde parallel dazu ein **Gutachten** in Auftrag gegeben, das die eigenständigen Verhandlungen des Fachverbands als gesetzeskonform absicherte und umgekehrt feststellte, dass die Gewerkschaften im Falle von Arbeitskämpfmaßnahmen aus diesem Grund schadenersatzpflichtig würden.

Die Gewerkschaften lenkten schließlich ein: Nach der gemeinsamen Forderungsüberreichung am 19. September 2012 wurden mit allen sechs Fachverbänden **eigenständige Verhandlungstermine** vereinbart.

Nach harten und zähen Verhandlungen konnte der **Fachverband Maschinen & Metallwaren** am 19. Oktober 2012 einen Abschluss mit folgendem Ergebnis erzielen: Arbeiter IST: 3,3 %, KV: 3,4 %. Angestellte IST: 3,0 - 3,3 %, KV: 3,3 - 3,4 % (gültig ab 1. November 2012).

Zum Thema **Arbeitszeit** wurden zwei Arbeitsgruppen vereinbart:

- Bei langjährigen Konjunkturzyklen oder wirtschaftlichen Schwierigkeiten sollen die kollektivvertraglichen Arbeitszeitregelungen unter Mitwirkung der Sozialpartner auf betrieblicher Ebene erweitert werden können.
- Eine Arbeitsgruppe soll sich mit altersgerechten Arbeitszeitmodellen auseinandersetzen.

In den Verhandlungen mit den anderen Fachverbänden wurde dieses Ergebnis im Wesentlichen übernommen, da sowohl Höhe als auch Inhalt als angemessen erachtet wurden. Die **Gießereindustrie** konnte erreichen, dass 0,2 % der Lohnerhöhung zur innerbetrieblichen Verteilung verwendet werden.

Im Folgenden ein Überblick über die Kollektivvertragsabschlüsse der größten Industriebranchen:

Textilindustrie: Arbeiter IST: Ø 3,74 %, KV: 3,75 %. Angestellte IST Ø 3,51 %, KV: 3,75 % (gültig ab 1. April 2012).

Holzindustrie: Arbeiter IST: 3,75 %, KV: 4,1-4,0 %. Angestellte IST: Ø 3,74 %, KV: Ø 3,89 % (gültig ab 1. Mai 2012).

Bauindustrie: Arbeiter KV: 4,2 %. Angestellte KV: 3,75 % (gültig ab 1. Mai 2012).

Stein/Keramikindustrie: Arbeiter IST: 3,61 %, KV: 3,81 % (gültig ab 1. Mai 2012). Angestellte IST: 3,2 %, KV: 3,4 % (gültig ab 1. November 2012).

Chemische Industrie: Arbeiter und Angestellte IST: 4,35 % (mindestens 90 Euro), KV: 4,50 % (gültig ab 1. Mai 2012)

Papierindustrie: Arbeiter und Angestellte IST: 3,6 % - 4,1 %, KV: 4,1 % (gültig ab 1. Mai 2012)

Elektro- und Elektronikindustrie: Arbeiter und Angestellte IST: Ø 4,04 %, KV: Ø 4,04 % (gültig ab 1. Mai 2012)

Nahrungs- und Genussmittelindustrie: Angestellte IST: 3,0 %, KV 3,0 % (gültig ab 1. November 2011)

Kurzarbeit

Während der Wirtschaftskrise 2009 wurde Kurzarbeit in Österreich - gemessen an der Gesamtbeschäftigten-

zahl - in einem um 80 Prozent **geringerem Ausmaß als in Deutschland** in Anspruch genommen. Auf Initiative der Sparte Industrie der Wirtschaftskammer Oberösterreich wurden im Frühjahr 2012 von der Arbeitgeberabteilung der Bundessparte Industrie genauere Untersuchungen über die Gründe dafür angestellt. In Zusammenarbeit mit Firmen, deren Standorte sowohl in Österreich als auch in Deutschland Kurzarbeit angemeldet hatten, konnten in administrativer sowie in finanzieller Hinsicht deutliche Unterschiede festgestellt werden.

In der Folge wurden die Forderungen der Industrie an WKÖ-Präsident Christoph Leitl herangetragen. Diese umfassten insbesondere die Verbesserung des AMS-Zuschusses zu den Arbeitgeber-Sozialversicherungsbeiträgen und eine Attraktivierung der Kurzarbeit mit Qualifizierung.

Kurz vor Jahresende verkündete die Bundesregierung eine Änderung in der finanziellen Ausstattung der Kurzarbeit:

- Die Übernahme der Arbeitgeber-Sozialversicherungsbeiträge erfolgt nunmehr bereits ab dem fünften statt dem siebenten Monat.
- Bei Kurzarbeit mit Qualifizierung werden diese Beiträge bereits ab dem ersten Monat übernommen.

Diese verbesserten Bedingungen gelten für Kurzarbeitsvereinbarungen, die bis 31. Dezember 2013 abgeschlossen werden.

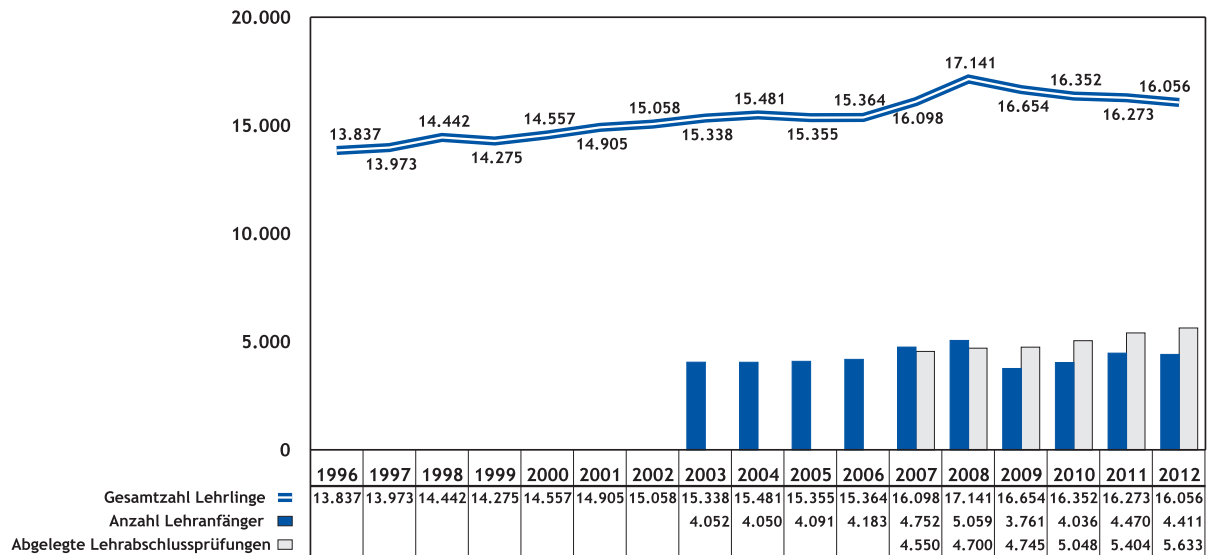
Bei den bundesweiten AMS-Richtlinien konnten bei der Kurzarbeit mit Qualifizierung ebenfalls einige Verbesserungen erreicht werden. So ist es nunmehr nicht mehr notwendig, dass die Qualifizierungsmaßnahme während der fiktiven Arbeitszeit stattfinden muss. Diese Bestimmung hat insbesondere Schichtbetrieben große Schwierigkeiten bereitet.

Unabhängig davon drängt die Bundessparte Industrie auf weitere Verbesserungen der Kurzarbeit. Insbesondere werden die Gewerkschaften aufgefordert, von Zusatzforderungen auf Betriebsebene Abstand zu nehmen.

ArbeitnehmerInnenschutzgesetz

Ein über Jahre wäherender und äußerst sensibler Diskussionsprozess im Arbeitsschutzrecht konnte im Jahr 2012 einvernehmlich so finalisiert werden, dass eine von allen Seiten getragene **Novelle zum ArbeitnehmerInnenschutzgesetz** mit 1. Jänner 2013 möglich

Entwicklung der Zahl der Industrielehrlinge 1996 bis 2012



war. Es geht um die verstärkte Sorge um allenfalls vorhandene „arbeitsbedingte psychologische Gefährdungen“, die der Arbeitswelt und den Arbeitsplätzen inne wohnen, beziehungsweise deren Abbau.

Die Arbeitnehmerseite hat diese Forderung seit etwa 2008 mit einer Erhöhung der Präventionszeit für den einzelnen Betrieb konnotiert, ein für die Wirtschaft völlig untragbarer Anhaltspunkt, da aus Sicht der Unternehmer an der erfolgreichen Aufteilung der Präventionszeit, wie sie seit 2001 gilt, nicht gerüttelt werden darf. Nach zähen Verhandlungsrunden im Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz konnte eine realitätsnahe Lösung dahingehend gefunden werden, dass der Umgang mit eventuell vorhandenen arbeitsbedingten psychologischen Belastungen im Rahmen der geltenden Präventionszeit stattzufinden hat. Welche Spezialisten-Gruppe sich um diese Phänomene kümmert, bleibt Regelungsinhalt auf Unternehmensebene. Es können sowohl Arbeitspsychologen herangezogen werden als auch Arbeitsmediziner, deren Ausbildungsverordnung im Berufsumfangsrecht um das Element der Arbeitspsychologie aufgestockt worden ist.

Bildung

Auch im „Jahr Eins“ nach dem Bildungsvolksbegehren war das Thema „Bildung“ intensiv in der Tagespolitik vertreten. Die WKÖ forcierte im abgelaufenen Jahr weiterhin den „Bildungsdialog“ der Präsidenten der Sozialpartnerorganisationen mit den für Bildungsfragen zuständigen FachministerInnen. Ziel der Wirtschaftskammer-Organisation war, das innerhalb der einzelnen Organisationsteile intensiv diskutierte Modell Bildung NEU auf die Agenda des Bildungsdialogs zu setzen und damit zu einem gemeinsamen Reformpapier aller Sozialpartner zu machen.

Ausblick 2013

Die Kollektivvertragsverhandlungen im Herbst 2012 wurden erstmals seit über 40 Jahren von den sechs Fachverbänden des Eisen/Metallsektors eigenständig durchgeführt. Ziel ist, im Jahr 2013 diesen Weg fortzusetzen und mit den Gewerkschaften maßgeschneiderte Lösungen für die einzelnen Fachverbände zu erzielen. Aufgrund der noch immer unsicheren Wirtschaftssituation sind allerdings schwierige Verhandlungen zu erwarten.

Aus Sicht der Industrie stand in diesem Zusammenhang immer im Vordergrund, dass **duale und schulische Bildung einander nicht konkurrenzieren** dürfen. Vielmehr sollten Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass - je nach Begabung der Jugendlichen - die jeweils effizienteste Ausbildungsform gewählt werden soll. Wichtiges Element dabei ist die Fortführung des dualen Ausbildungsprinzips bis in den tertiären Bereich beziehungsweise den Hochschulsek-

tor. Gemeinsames übergeordnetes Ziel muss auch eine Korrektur des Images technisch-handwerklich-naturwissenschaftlicher Berufe sein - die sich zunehmend zu Mangelberufen entwickeln.

Im operativen Bereich beherrschten die Themen Qualitätssicherung in der Lehrlingsausbildung, Gleichwertigkeit schulischer und dualer Bildungsabschlüsse und neue Angebotsformen dualer Ausbildung (Kurzlehre für Maturanten, Erwachsenenlehre, etc.) das Tagesgeschehen.

Ein vom Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend verordnetes Lehrberufspaket beinhaltet u.a. Ausbildungsordnungen mit für die Industrie wichtigen Lehrberufen wie Metallbearbeitung und Papiertechnik.

Industriellehre

Die offizielle Lehrlingsstatistik zum 31. Dezember 2012 weist eine Gesamtzahl der Lehrlinge über alle Sparten inklusive der überbetrieblichen Lehrausbildung (ÜBA) von 125.228 aus. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang von 2,2 % oder 2.850 Lehrlingen. Noch deutlicher ist der prozentuelle Rückgang bei den Lehranfängern mit insgesamt 3,2 % beziehungsweise minus 4,4 % in Ausbildungsbetrieben.

Für die Industrie sehen die Zahlen geringfügig besser aus - aber auch hier ist bei der Gesamtzahl der Industrielehrlinge und (erstmalig seit dem Krisenjahr 2008) auch bei den Lehnanfängern ein Rückgang (von 1,3 %) zu verzeichnen.

Positiv zu vermerken ist, dass die Zahl der Lehrabschlussprüfungen in der Sparte Industrie seit vielen Jahren stetig steigt, im Jahr 2012 um 0,4 % auf insgesamt 5.633 Prüfungen. Bei einer gleichmäßig hohen Erfolgsquote von rund 88 % bedeutet dies, dass absolut gesehen mehr junge geprüfte Fachkräfte für die heimische Industrie zur Verfügung stehen.

Dennoch dürfen vorhandene oder künftig anstehende Probleme nicht übersehen werden. Die demographische Entwicklung zeigt bereits deutlich ihre Auswirkung. Unternehmen klagen zunehmend, dass nicht mehr alle angebotenen Lehrstellen mit „qualifizierten“ Bewerbern besetzt werden können.

Dr. Christoph Kainz, Ing. Johann Markl und Mag. Andreas Mörk sind Mitarbeiter der Bundessparte Industrie.

Hagen Pleile



Recht und Infrastruktur

2012 hat das Referat für Recht und Infrastruktur inhaltlich vor allem Rechtsbereiche wie Kartellrechtsnovelle, Novelle zum Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), Kraftfahrzeugsektorschutzgesetz, Bundesvergabe-Schwellenwerte-VO, Jahresbeitrag zum Austrian Standards Institutes und die im Berichtsjahr themenmäßigen Schwerpunkte der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik betreut, begutachtet und über Pressemedien und Direktkontakten mit den jeweiligen Ressorts lobbiiert.

Kartellrechtsnovelle

Am 11. Jänner 2013 wurde das Kartell- und Wettbewerbsrechts-Änderungsgesetz 2012 - KaWeRÄG 2012 (BGBl I 13/2013) kundgemacht. Die wesentlichsten Neuerungen, welche nunmehr ab 1. März 2013 in Kraft treten, können im Überblick wie folgt dargestellt werden:

Verschärfung der Bagatellregeln: Die Regelung für Kartellrechtsverstöße mit geringer Marktwirkung wird

an die europarechtlichen Vorschriften angepasst. Im horizontalen Bereich ist dabei ein Marktanteil von maximal zehn Prozent, im vertikalen Bereich von maximal fünfzehn Prozent - vom sachlich und räumlich relevanten Markt - anzuwenden. Unterhalb dieser Schwellen verboten sind jedenfalls Hardcore-Kartelle (Festsetzung von Verkaufspreisen, Einschränkung der Erzeugung beziehungsweise des Absatzes und Aufteilung der Märkte). Um im Bereich der Arbeitsgemeinschaften die Rechtssicherheit zu verbessern wurden einschlägige Ausführungen in die Erläuternden Bemerkungen eingefügt.

Kollektive Marktbeherrschung: Nunmehr tritt auch im österreichischen Kartellgesetz, neben dem Tatbestandsteil der Marktbeherrschung durch ein einziges Unternehmen (Single Dominance), jener der Beherrschung durch mehrere Unternehmen (Collective Dominance). Wenn beispielsweise eine „Gesamtheit“ von Unternehmen gemeinsam über einem Marktanteil von mindestens 50 Prozent verfügt und aus drei oder weniger Unternehmen besteht, vermutet das Gesetz das Vorliegen einer beherrschenden Stellung.

Einvernehmliche Fristverlängerung in der Fusionskontrolle: Um in die stark fristgebundenen Zusammenschlussverfahren eine gewisse zeitliche Flexibilität zu bekommen, können die Prüfungsfristen in Phase 1 und 2 eines Zusammenschlussprüfungsverfahrens einvernehmlich verlängert werden (Stop-the-clock-Verfahren).

Geldbußenbemessung: Für die gerichtliche Bemessung einer Geldbuße gibt es nunmehr ausdrückliche Erschwerungs- und Milderungsgründe. Darüber hinaus werden die Amtsparteien verpflichtet, den Antrag auf Verhängung einer Geldbuße ausführlicher zu begründen als bisher.

Verbesserung der Transparenz von rechtskräftigen Entscheidungen der Kartellgerichtsbarkeit: Diese werden unter Wahrung berechtigter Geheimhaltungsinteressen - aber unter Nennung der betroffenen Unternehmen - in der Ediktsdatei veröffentlicht.

Kartellschadenersatzrechtliche Bestimmungen: Nunmehr soll auch das Interesse an einem Schadenersatzprozess in Hinblick auf eine Verletzung des Wettbewerbs ausreichen, um einen Feststellungsantrag nach Kartellgesetz stellen zu können. Darüber hinaus wird der Zugang zu Schadenersatz allgemein erleichtert, der Zinslauf beginnt mit Eintritt des Schadens, behördliche Verfahren können einen Schadenersatzprozess unterbrechen, Zivilgerichte sind hinsichtlich

Rechtswidrigkeit und Schuld an rechtskräftige Entscheidung der Wettbewerbsbehörden gebunden und kartellbehördliche Verfahren hemmen die Verjährung eines allfälligen Schadenersatzanspruchs.

Stärkung der Befugnisse der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB): Die BWB wird beauftragt, ein Wettbewerbsmonitoring durchzuführen. Die BWB erhält größere Freiräume bei der Handhabung der Kronzeugenregelung. Die BWB erhält weitergehende Auskunftsrechte bei Untersuchungen vor Ort; sie kann in Hinkunft eigene Auskunftsbescheide erlassen und die Auskunftsertattung seitens der Unternehmen selbständig erzwingen. Bei Hausdurchsuchungen werden die Rechte der BWB erweitert und vor allem das absolute Widerspruchsrecht der Unternehmen gegen die Einsichtnahme der BWB in die so erlangten Unterlagen abgeschafft. An dessen Stelle tritt ein neues Beweiszwischenverfahren vor der BWB, welches die Unternehmen zwingt, jene Unterlagen einzeln zu benennen, die von der Einsichtnahme durch die BWB ausgeschlossen sein sollen.

Zugabenregelung in UWG entfällt zur Gänze: Das generelle Zugabenverbot (§ 9a UWG) ist nunmehr auch in Hinblick auf den B-to-B Bereich ersatzlos entfallen.

Keine Beweiserleichterungen im Energiebereich: Wie zu erwarten, wurden die Bestimmungen über die Beweislastumkehr zu Lasten beherrschender Energieunternehmen bei der Vermutung von Preismissbräuchen aus der Vorlage entfernt, um sie einer vertieften politischen Diskussion zu unterwerfen.

Aufhebung des § 9a UWG über das Verbot von Zugaben in Kraft getreten

Im Rahmen des Kartell- und Wettbewerbsrechts-Änderungsgesetzes erfolgte auch eine Änderung des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb (UWG), die mit 12. Jänner 2013 in Kraft getreten ist (BGBl I 2013/13, Art 3). Die Bestimmung des § 9a UWG wurde aufgehoben. Wie die Erläuterungen zur Regierungsvorlage ausführen, dient diese Änderung der Rechtstransparenz, insbesondere um einem Urteil des EuGH Rechnung zu tragen. Dieser hatte mit Urteil vom 9. November 2010 (RS C- 540/08) entschieden, dass das Zugabenverbot des § 9a UWG jedenfalls im Verhältnis zwischen Unternehmen und Verbrauchern nicht mit der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken vereinbar ist. In der Folge hatten die Gerichte eine richtlinienkonforme Auslegung insofern vorgenommen, als das Ankündigen, Anbieten und Gewähren von Zugaben gegenüber Verbrauchern nur dann unzulässig ist,

wenn es im Einzelfall irreführend, aggressiv oder sonst unlauter ist. Im Verhältnis zwischen Verbrauchern und Unternehmern war daher die Bestimmung des § 9a UWG schon seit dieser EuGH-Entscheidung de facto nicht mehr anzuwenden. Das Zugabenverbot des § 9a Abs. 1 Z 2 UWG gegenüber Unternehmern galt aber weiterhin, das wurde durch Entscheidungen des OGH bestätigt. Mit der nunmehrigen Novelle des UWG ist aber auch diese Regelung über das Zugabenverbot im B2B-Verhältnis beseitigt worden.

Kraftfahrzeugsektor-Schutzgesetz

Mit einem einstimmigen Beschluss des Bundesrats am 20. Dezember 2012 wurde der parlamentarische Prozess der Umsetzung des Kraftfahrzeugsektor-Schutzgesetzes (KraSchG) abgeschlossen. Damit wird den Besonderheiten und der großen volkswirtschaftlichen Bedeutung des Kfz-Sektors Rechnung getragen und die österreichische Rechtslage dem seit Mitte 2010 geänderten europäischen Gruppenfreistellungsregime angepasst.

Das KraSchG sieht zwingende Vertragsbestimmungen zugunsten von gebundenen Unternehmen vor, darunter das Erfordernis der Schriftlichkeit für die Kündigung von Vertriebsverträgen und eine zweijährige Kündigungsfrist, ein Rückverkaufsrecht für die der Vertriebsbindung unterliegenden Waren, die Möglichkeit der Übertragung der Rechte und Pflichten aus der Vertriebsbindungsvereinbarung an einen anderen gebundenen Unternehmer desselben Vertriebssystems, einen zwingenden Aufwendersatz für Garantieleistungen oder vertragliche Gewährleistungen, einen Anspruch auf die für Instandsetzung und Reparatur erforderlichen technischen Informationen zu angemessenen Bedingungen sowie eine Regelung zur außergerichtlichen Streitbeilegung.

Mit dem Kraftfahrzeugsektor-Schutzgesetz wird eine von der WKÖ aufgrund der geänderten europäischen Rechtslage seit langem angestrebte **nationale Anpassung** vorgenommen und eine wichtige legistische Maßnahme für die im Kfz-Vertrieb tätigen vorwiegend klein- und mittelständischen Unternehmen gesetzt.

Die neue Rechtslage wurde mit BGBl I 11/2013 kundgemacht und tritt mit 1. Juni 2013 in Kraft.

Öffentliche Auftragsvergabe: Verlängerung der Schwellenwerte-Verordnung

Die Schwellenwerte-Verordnung wurde bis zum 31. Dezember 2013 verlängert. Damit können auch weiterhin Aufträge im Bau-, Liefer- und Dienstleistungsbereich bis zu einem Wert von 100.000 Euro statt 50.000 Euro direkt an geeignete Unternehmen vergeben werden. Der Schwellenwert für das so genannte nicht-offene Verfahren ohne Bekanntmachung wurde für den Baubereich von 300.000 Euro auf eine Million Euro erhöht. Da öffentliche Auftraggeber einfacher und schneller Aufträge vergeben können, ist von einer Verkürzung der Dauer der Vergabeverfahren im Durchschnitt um zwei bis drei Monate, in Einzelfällen sogar um bis zu fünf Monate, sowie einer Senkung der Verfahrenskosten um rund 75 %, in komplexeren Fällen sogar um über 90 %, auszugehen. Aufgrund des geltenden Vergaberechts bedeutet dies insbesondere für KMUs einen wesentlich verbesserten Zugang zu öffentlichen Aufträgen.

Ausblick 2013

Auf EU-Ebene wird die Fahrtenstreiberverordnung interessant. Die Bundessparte Industrie lobbyiert hier schon seit dem Jahr 2012 für eine Ausnahme für den Baustellenverkehr, der aus produkttechnischen Gründen massive Probleme mit den Intervallen der Ruhezeiten hat. Weiters gilt es, hier die 3,5t-Grenze aufrecht zu erhalten, eine Senkung auf 2,8t ist leider in Diskussion.

Die Diskussionen zu einem EU-Patent und einheitlichen Patentgericht werden weiter gehen. Eine Modernisierung des Urheberrechts soll unternommen werden und auch eine Reform des öffentlichen Auftragswesens ist angedacht.

Bei Verletzung der Entscheidungspflicht soll die Möglichkeit einer Säumnisbeschwerde an das Verwaltungsgericht sowie - bei Säumnis des Verwaltungsgerichtes - der Stellung eines Fristsetzungsantrages an den VwGH bestehen.

Jahresbeitrag des Austrian Standards Institutes (Österreichischen Normungsinstitut)

Ende 2012 hatte das Austrian Standards Institute (ASI) beschlossen, dass jene Bereiche, die an der Erstellung von Normen mitwirken, aber nicht der Verwaltung zuzurechnen seien, für diese Mitarbeit ab dem Jahr 2013 einen Jahresbeitrag in der Höhe von 450 Euro (zuzüglich 10 % USt) je Teilnehmer entrichten sollten.

Aus Sicht der Wirtschaftskammer Österreich ist festzuhalten, dass der Zugang zum Normungsprozess für die Betriebe und die Wirtschaftskammerorganisation kostenlos sein soll und überdies ganz grundsätzlich Kostenbelastungen für die Unternehmen vermieden werden sollen. Die WKÖ hat daher umgehend mit dem

Normungsinstitut auch auf Spitzenebene Gespräche geführt.

Zwischen der WKÖ und dem ASI wurde eine Vereinbarung geschlossen, die auch in der Zukunft eine kostenfreie Teilnahme der Wirtschaftskammerorganisation und ihrer Mitglieder an der Mitarbeit an der Normung gewährleistet. Seitens der WKÖ wird der Förderbeitrag für das ASI für das Jahr 2013 auf 400.000 Euro erhöht. Gleichzeitig wurde vereinbart, dass das ASI in seiner Geschäftsordnung die Anliegen der WKÖ in Richtung mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Normungsprozesses berücksichtigen wird.

Nach intensiven Gesprächen mit dem ASI ist es somit gelungen, ein ausgewogenes und praxisorientiertes Ergebnis zu erzielen.

Hier findet sich eine Auflistung jener Regelungen, die mit 1. Jänner 2013 in Kraft getreten sind und die im Zuständigkeitsbereich liegen:

Gesetze: LobbyG BGBl I 64/2012; KorStrÄG 2012 BGBl I 61/2012; Grundbuchsgebührennovelle BGBl I 1/2013.

Verordnungen: Mauttarifverordnung 2012 BGBl II 395/2012; Änderung der SchwellenwerteVO 2012 BGBl II 461/2012

ARGE Palettenpool

Die Mitgliederbetreuung erfolgte, wie in den Jahren davor, individuell. Aber auch Anfragen von Nichtmitgliedern, wie etwa Spediteuren und Frächtern, wurden im Jahr 2012 direkt von der Geschäftsstelle der BSI beantwortet.

Die Palettencharta wurde Anfang 2012 betreffend der Produzenten- und Reparateureliste aktualisiert. Diese Liste ist weiterhin eine wichtige Grundlage für Käufer von EUR-Tauschpaletten. Durch diese Liste soll der „Schwarzmarkt“ eingedämmt werden, da die in der Liste geführten Hersteller garantiert normgerechte EUR-Tauschpaletten erzeugen.

2012 wurde im Bereich der Lebensmittelindustrie die erste und leider vorläufig einzige Palettenschulung durchgeführt. Rechtliche Aspekte und Bewusstseinsbildung im Handling mit Paletten wurden jenen Personen vermittelt, die direkt die Verantwortung im Umgang mit Paletten in den Unternehmen haben.

Die Rückmeldung der teilnehmenden Unternehmen war sehr positiv. Trotzdem war bei den anderen be-

troffenen Branchen keine Sensibilisierung zu diesem Thema möglich. 2013 werden weitere Bemühungen vorangetrieben, diese Schulung, die den Unternehmen auch eine nachhaltige finanzielle Entlastung bringt, auch anderen Branchen nahezubringen.

Vereinigung der österreichischen Verlager und Werkverkehrtreibenden / Austrian Shipper´s Council (VÖVW-ASC)

Die Mitgliederbetreuung erfolgte in zwei Vollversammlungen, jeweils mit Fachberichten, welche von den Mitgliedern eingefordert wurden und direkter Betreuung von individuellen Fragestellungen.

In der **Öffentlichkeitsarbeit** hat die Bundessparte Industrie die Veranstaltungsreihe „Infrastrukturzyklus“ der VÖVW-ASC gemeinsam mit der Österreichischen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft (ÖVG) und der Bundesvereinigung Logistik Österreich (BVL), wie in den Jahren zuvor, durchgeführt.

„Baltisch-Adriatische-Achse: Gesamtwirtschaftliche Studie“ (25. Jänner 2012), mit DI Dr. Hans Wehr (ÖBB Infrastruktur AG), Dkfm. Mag. Dr. Brigitta Riebesmeier (Institut für Transportwirtschaft und Logistik/WU), Mag. Dr. Wolfgang Schwarzbauer (Institut für Höhere Studien), Ing. Mag. Marko Koren (ÖBB Infrastruktur AG)

„Planungen der ASFINAG in Ostösterreich“ (25. April 2012) mit DI Alois Schedl (Vorstandsdirektor ASFINAG)

„Auswirkungen der Energiewende auf die österreichische Energiepolitik“ (13. Juni 2012) mit Mag. (FH) Martin Graf (Vorstand der Energie-Control Austria)

„Neue Wege in der Donaulogistik“ (19. September 2012) mit Hubert Mierka (Geschäftsführender Gesellschafter der Mierka Donauhafen Krems Gesellschaft m.b.H. & Co KG)

„Wachstum braucht Mobilität, Mobilität braucht Wege“ (7. November 2012) mit Ing. Karl Jachs (Wirtschaftskammer Oberösterreich, Leiter des Referats für Verkehrspolitik)

Für das Jahr 2013 werden unter anderem Veranstaltungen zu den Themen Raaber Bahn, Bahngüterverkehr in Zentral- und Osteuropa, Donauinitiative und zu Open Sky geplant.

Mag. Hagen Pleile ist Mitarbeiter der Bundessparte Industrie.



Andrea Bärenthaler
André Buchegger
Richard Guhl

Umwelt- und Energiepolitik

EU-Energieeffizienz-Richtlinie

Am 4. Oktober 2012 nahm der Rat mit qualifizierter Mehrheit formell die Energieeffizienzrichtlinie an, dessen Inhalt sich von der Mitte Juni erzielten Einigung zwischen EU-Kommission, EU-Parlament und den 27 Mitgliedstaaten bis auf eine Neunummerierung nicht unterschied. Das EU-Parlament hatte bereits am 11. September 2012 das Verhandlungsergebnis mit überwältigender Mehrheit gebilligt. Am 14. November 2012 ist die Richtlinie im Amtsblatt der Europäischen Union erschienen.

Die Richtlinie ist das Ergebnis monatelanger Verhandlungen und soll sicherstellen, dass die Union ihrem **20 Prozent-Energieeffizienzziel bis 2020** einen gewaltigen Schritt näher kommt. Im Gegensatz zu den anderen beiden 20-20-20-Zielen (20 % weniger CO₂ und 20 % mehr Erneuerbare) hätte die EU laut Berechnungen der Kommission ohne einen entsprechenden Rechtsakt dieses Ziel deutlich verfehlt. Nach Veröffentlichung im Amtsblatt der EU (14. November 2012) haben die Mitgliedstaaten nun 18 Monate Zeit, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

Energieeffizienzgesetz

Das Energieeffizienzgesetz, das die EU-Energieeffizienz-Richtlinie umsetzen soll, beschäftigt die Bundessparte Industrie bereits viele Monate. Seit 20. Dezember 2012 liegt der offizielle Begutachtungsentwurf vor. Dieser Begutachtungsentwurf weist im Vergleich zum Arbeitsentwurf vom März 2012 **wesentliche Verbesserungen** für die Industrie auf.

Fakt ist aber, dass im Gesetz **zahlreiche sehr kritische Inhalte** zu finden sind, die für Industrie und Energie-lieferanten erhebliche Belastungen darstellen.

Die Bundessparte Industrie hat Gespräche zum Bundes-Energieeffizienzgesetz mit dem zuständigen Wirtschaftsministerium durchgeführt und die Industrie-Positionen und Forderungen eingehend vermittelt. Nach einer sehr kurzen Stellungnahmefrist (wurde von der BSI kritisiert) gilt es nun, Forderungen der Industrie

durchzusetzen und problematische Punkte im Gesetz zu entschärfen. Das Bundesenergieeffizienzgesetz soll die bereits in großem Ausmaß vorhandenen Bemühungen der Industrie fördern und keine Einschränkung für das wirtschaftliche Wachstum und die internationale Wettbewerbsfähigkeit darstellen.

Novelle KWK-Gesetz und KWK-Punkte-Gesetz

Gemeinsam mit dem Energieeffizienzgesetz wurden am 20. Dezember 2012 auch die Novelle zum Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz (KWK-Gesetz) und das Kraft-Wärme-Kopplungs-Punkte-Gesetz (KWK-Punkte-Gesetz) in Begutachtung geschickt.

Die aktuelle KWK-Förderung ist im September 2012 ausgelaufen. Durch die Novelle kommt es zu einer **Verlängerung und Erhöhung der Förderung beziehungsweise zur Erhöhung der Fördersätze** für neue KWK-Anlagen. Die Bundessparte Industrie begrüßt die wieder aufgelegte Möglichkeit der Investitionsförderungen für neue KWK, besonders die für industrielle Zwecke bereitgestellten sieben Millionen Euro. Die Bundessparte Industrie betrachtet es aber als negativ, dass der Schwellenwert von 200 kW bei KWK nach wie vor zu hoch (zuvor 500 kW) ist, da gerade in den kleineren Leistungsbereichen die KWK-Technologie ihre Vorteile am besten ausspielen kann, nämlich wenn Strom und Wärme ganzjährig am Ort der Gewinnung verbraucht werden.

Das KWK-Punkte-Gesetz regelt das System zur Unterstützung umweltschonender Erzeugung von Energie in bestehenden KWK-Anlagen im Wege der Zuteilung von KWK-Punkten an Erzeuger hocheffizienten KWK-Stroms und deren Ankauf durch Endverbraucher ohne Einsatz staatlicher Mittel.

Die Bundessparte Industrie lehnt eine Betriebsförderung für bestehende hocheffiziente KWK-Anlagen über KWK-Punkte auf Kosten der Unternehmen ab. Wir halten die Wiederaufnahme von Förderungen für bestehende Anlagen als beihilfenrechtlich sehr bedenklich, da bestehende Anlagen bereits ausreichend gefördert wurden.

Klimaschutzgesetz (KSG)

Das Klimaschutzgesetz soll um eine Festlegung von **Sektorzielen für die Jahre von 2013 bis 2020** ergänzt werden. Die Sektorziele sollen den Handlungsbedarf für den Verpflichtungszeitraum 2013 bis 2020 in Österreich darstellen.

Aus Sicht der Bundessparte Industrie dürfen Zielwerte und Maßnahmen vor allem im Sektor Energie und Industrie nicht überzogen sein. Wirtschaftswachstum darf durch das Klimaschutzgesetz nicht behindert werden. Die Industrie entwickelt Innovationen und Technologien, die den Wandel in eine treibhausgasarme Zukunft ermöglichen, daher muss diese auch gestärkt und gefördert werden. Damit das vorgeschriebene Gesamtziel aber erreicht werden kann, fordern wir, den Schwerpunkt der **Einsparungen im Gebäudebereich** zu setzen. Verschärfte Sektorziele im Gebäudesektor zugunsten der Industrie würden das Wirtschaftswachstum ankurbeln.

Ohne Beschlüsse über Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele wird die wirtschaftliche Unsicherheit weiter zunehmen und das Wirtschaftswachstum gehemmt. Im Lichte der anhaltenden Wirtschaftskrise in Europa ist jegliche neue Unsicherheit bezüglich gesetzlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen zu vermeiden. Um dieser Problematik entgegen zu wirken, setzt sich die Bundessparte Industrie für eine klare, transparente und wirtschaftsfreundliche Klimapolitik ein.

Das Europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS)

Der ETS-Marktpreis für eine Tonne CO₂ liegt seit Ende 2011 deutlich unter zehn Euro, derzeit sogar bei nur rund vier Euro. Gründe für diese Kursentwicklung sind vor allem die Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise in Europa und die daraus resultierenden Sparmaßnahmen, aber auch die Steigerung der Energieeffizienz und die Nutzung Erneuerbarer Energien. Da die Europäische Kommission aber an ein Versagen des Marktes glaubt, legte sie am 25. Juli 2012 **zwei Vorschläge zur Änderung des Emissionshandelssystems** vor.

Aus Sicht der Bundessparte Industrie darf es zu keiner **Abänderung der Emissionshandelsrichtlinie** kommen und auch eine **Abänderung der Versteigerungsverordnung wird vehement abgelehnt**. Ein Aufschneiden der Emissionshandelsrichtlinie würde die Türe für weitere willkürliche Eingriffe in den Emissionshandel öffnen. Entgegen der grundlegenden Idee einer marktbasier- ten Preisentwicklung würde die Kommission mit dem derzeitigen Vorhaben einen Blankoscheck für eine

Beeinflussung der Versteigerungspläne erhalten. Dies ist für die Industrie und die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich untragbar.

Im Dezember 2012 hat die Bundessparte Industrie zu einem „Koordinierungsworkshop Emissionshandel“ eingeladen. Zahlreiche Unternehmensvertreter folgten der Einladung. Gemeinsam wurden schlagkräftige Argumente gegen einen Eingriff in das Emissionshandelssystem erarbeitet, welche gleichzeitig die Grundlage für die Stellungnahme der Bundessparte Industrie beziehungsweise der Wirtschaftskammer bildeten. BSI und WKÖ positionierten sich dabei ganz klar **gegen einen Eingriff** in das Emissionshandelssystem. Auch Diskussionen, wie der EU-ETS nach 2020 aussehen soll, werden - solange keine internationales Klimaschutzabkommen in Sicht ist - abgelehnt.

Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-RL)

Nachdem vor einigen Monaten bereits das österreichische UVP-Gesetz novelliert wurde, kommt es nun auch auf europäischer Ebene zu einer Revision der UVP-Richtlinie.

Mit der Revision der UVP-Richtlinie soll es laut Kommission zur **Verbesserung der Verfahrensqualität** und zur besseren Nutzung von Synergien mit anderen europäischen Vorgaben kommen. Die Verfahren sollen besser strukturiert und gestrafft werden. Es sind erstmals Zeitlimits für die Verfahrensdauer vorgesehen.

Darüber hinaus bringt der Vorschlag aber auch **Verschärfungen** mit sich. Es soll zu einer Erweiterung der Schutzgüterliste kommen und auch die vom Projektwerber zu untersuchenden Umweltauswirkungen sollen ausgeweitet werden (zum Beispiel hinsichtlich Klimawandel, Biodiversität und Katastrophenrisiken).

Zahlreiche Punkte der Revision der Richtlinie sind zwar schon in einer mehr oder weniger ausreichenden Form in der österreichischen UVP-Gesetzesnovelle 2012 zu finden, dennoch gibt es einige Knackpunkte, die wir seitens der Industrie im Rahmen des Begutachtungsverfahrens abzuwenden beziehungsweise abzuschwächen versuchen.

Wasserrecht

Im Zentrum der Lobbyingaktivitäten der Bundessparte Industrie stand die Revision der europäischen **Umweltqualitätsnorm-Richtlinie**. Im Zuge der Überarbeitung sollen neue sogenannte prioritäre Stoffe aufgenommen und Grenzwerte in Fließgewässern deutlich verschärft

werden. In Positionspapieren und direkten Gesprächen mit der EU Kommission, EU Parlamentariern, Industriedachverbänden und dem österreichischen Umweltministerium konnten die wichtigsten Anliegen, Regelungslücken und möglichen Auswirkungen auf Betriebsanlagengenehmigungen kommuniziert werden. Es zeigte sich sehr deutlich, dass die von der österreichischen Industrie vorgebrachten Bedenken eine Schlüsselrolle in den politischen Verhandlungen einnahmen. Nach zahlreichen Verzögerungen ist mit der Beschlussfassung noch im Frühjahr 2013 zu rechnen.

Aufgrund der Anpassung an die Industrieemissions-Richtlinie (IED) sind mehr als 60 **Abwasseremissionsverordnungen** in den kommenden Jahren an den Stand der Technik heranzuführen. Im Jahr 2012 begannen dazu die Verhandlungen zu den Bereichen Glasindustrie, Eisen- Metallindustrie und Kohleverarbeitung mit dem Umweltministerium. Unternehmensvertreter, Fachverbände und die BSI nahmen an diesen Verhandlungen teil, die Prozesskoordination wird von der BSI bewerkstelligt. Hauptdiskussionenpunkte waren bisher die faire Differenzierung zwischen IED Betrieben und kleineren nicht-IED Betrieben und die Vermeidung von „Golden Plating“ durch schärfere nationale Sondervorgaben, da dies zu Wettbewerbsnachteilen und teils hohen Kosten führen würde. Zum einen stellte sich heraus, dass die heimischen Betriebe bereits jetzt schon in den meisten Bereichen den europäischen Stand der Technik insbesondere bei der Höhe der Emissionsgrenzwerte für bestimmte Schadstoffe erfüllen. Unter reger Beteiligung der Unternehmen wurde in mehreren Gesprächsrunden auch der Entwurf einer neuen **Analysen- und Methodenverordnung** erarbeitet, die künftig zentral u.a. Normen für die Abwasseranalytik in der Fremd- und Eigenüberwachung festlegt.

Eine Überarbeitung des **Emissionsregisters Oberflächengewässer** ist zwar erst 2013 geplant, in Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium und dem Umweltbundesamt wurde jedoch die Zeit genutzt, um im vergangenen Herbst einen Online-Fragebogen für registerpflichtige Betriebe zu erstellen und an die Betriebe zu versenden. Die mittlerweile vorliegenden Evaluierungsergebnisse bezüglich der betrieblichen Kosten und Verbesserungspotenziale soll in die Novellierung der Verordnung direkt einfließen.

Wie auch in anderen umwelt- und energiepolitischen Feldern lieferte die Industrie Beiträge zu Stakeholder-Konsultationen der EU-Kommission im Wasserbereich. Hier ist zum einen der sogenannte „**Fitness Check - Fresh Water Policy**“ zu nennen, im Zuge dessen die Wasserrahmen-Richtlinie auf regulatorisches Verbesserungspotenzial analysiert wurde. Positiv ist zu ver-

merken, dass die Kommission mittlerweile Abstand von grundlegenden Gesetzesänderungen genommen hat, was der Rechtssicherheit für die betroffenen Unternehmen nur zuträglich ist. Eine weitere Konsultation beschäftigte sich mit der Wassereffizienz in Gebäuden.

Luftrecht

Die EU-Kommission hat 2012 die Vorarbeiten für eine Überarbeitung der **Luftqualitätsrichtlinie und der NEC-Richtlinie** (Nationale Emissionshöchstgrenzen für bestimmte Schadstoffe) begonnen. Österreich hat bekanntlich Probleme mit der Einhaltung von bestehenden Immissionsvorgaben betreffend Feinstaub und Stickstoffdioxid. Neben dem Verkehrssektor steht auch die Industrie, insbesondere im KMU-Bereich, im Maßnahmenfokus. Die BSI setzt sich in diesem Zusammenhang für weitere Aufschubfristen und Vollzugserleichterungen ein, da mittlerweile klar ist, dass die bereits sehr umfangreichen Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene (beispielsweise EURO Klassen, Emissionsbeschränkungen in Betrieben) noch immer nicht ausreichen, die strengen Immissionsgrenzwerte einzuhalten. Notwendig ist des Weiteren eine viel engere Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten, da in gewissen Regionen Österreichs mehr als 60 % der erfassten Feinstaubbelastungen aus dem angrenzenden Ausland kommen. Auch eine differenzierte Behandlung von Ballungsgebieten beziehungsweise verkehrsnahen „Hot Spots“ und dem übrigen Staatsgebiet ist dringend von Nöten.

Die Bundessparte Industrie nahm dazu u.a. an Stakeholder-Veranstaltungen auf EU-Ebene teil. Daneben konnten in Fachgesprächen mit dem Umweltbundesamt die wissenschaftlichen Grundlagen und die Praktikabilität von wahrscheinlichen Maßnahmen im Zuge der anstehenden Novellierungen erörtert werden. Dies gab letztendlich auch den Ausschlag für die Beauftragung einer umfassenden Industrie-Studie über NOx- und staubmindernde Maßnahmen der österreichischen Industrie, deren Ergebnisse im ersten Quartal 2013 vorliegen sollen. Im Rahmen der Arbeiten wird u.a. erhoben, welche Maßnahmen in den letzten Jahren zur Emissionsreduktion gesetzt wurden bzw. noch geplant sind und welche Emissionsminderung bei NOx und Feinstaub erreicht wurde.

Im Frühjahr 2012 fand in Genf die Endverhandlung zur Überarbeitung des **Göteborg Protokolls** statt, das den internationalen Rahmen für die EU-NEC-Richtlinie bildet. Durch kurzfristige und intensive Gespräche mit dem Umwelt- bzw. Wirtschaftsministerium konnte erreicht werden, dass Österreich die von der EU Kommission vorgeschlagenen nationalen Ziele in Frage stellte

und - schließlich erfolgreich - zumindest realistischere Vorgaben für die kommende Verpflichtungsperiode ausverhandeln konnte.

Rohstoffe und Ressourceneffizienz

Anfang des Jahres veröffentlichte die Bundessparte Industrie das Grundsatzpapier **Europäische Rohstoffpolitik und ihre Herausforderungen und Lösungsansätze**, insbesondere in Reaktion auf mehrere Mitteilungen beziehungsweise Schlussfolgerungspapiere von EU-Kommission und Rat zur europäischen Rohstoffinitiative. Im Papier wird unter anderem zu den erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen, Standortfragen, Ressourcensteuern, Subventionen und erforderlichen Unterstützungsmaßnahmen Position bezogen.

Auch in diesem Politikbereich lud die EU-Kommission zu **Stakeholder-Konsultation** betreffend die Verwirklichung von mehr Nachhaltigkeit in Verbrauch und Produktion („Sustainable Consumption and Production“), zur „grünen öffentlichen Beschaffung“ und zu möglichen Produkt- und Unternehmens-Footprints. Dabei handelt es sich um - derzeit noch sehr allgemeine - Politikbestrebungen der EU-Institutionen im Zusammenhang mit der „Europa 2020“-Strategie, die zu einem „ressourceneffizienten Europa“ führen sollen. Gerade in den letzten Jahren hatte sich gezeigt, dass Europa durch die starke Abhängigkeit von den internationalen Rohstoffmärkten in Zugzwang gerät und dringend Aktionen nach innen (Ankurbelung des Rohstoffabbaus, Verstärkung der Ressourceneffizienz) und außen (Rohstoffdiplomatie) setzen muss.

Dies veranlasste auch das Wirtschaftsministerium, die sogenannte **Rohstoffallianz** ins Leben zu rufen. Sie ist als „Plattform aller Stakeholder“ zu verstehen, die ein Interesse an einer gesicherten Rohstoffversorgung haben. Ziele sind u.a. die Reduzierung der Importabhängigkeiten, die Erhöhung der Versorgungssicherheit und nicht zuletzt die Strategiefindung zur Aufkommenssteigerung der „kritischen Rohstoffe“ aus Alt- und Abfallstoffen. Namhafte Industrieunternehmen erarbeiten mittlerweile Handlungsvorschläge für den Bereich F & E beziehungsweise zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen in der Abfall- und Kreislaufwirtschaft. Die BSI ist hier ebenfalls als WKÖ-Vertretung involviert.

Novellen zur Umsetzung der Industrieemissionsrichtlinie

Die EU-Richtlinie über Industrieemissionen wurde am 17. Dezember 2010 im EU-Amtsblatt veröffentlicht,

ist am 6. Jänner 2011 in Kraft getreten und wäre bis 7. Jänner 2013 in österreichisches Recht umzusetzen gewesen. In Österreich sind circa 400 IPPC-Anlagen betroffen, die überwiegend der Industrie zuzuordnen sind. Aufgrund des zersplitterten Anlagenrechts in Österreich sind auf Bundesebene mehrere Gesetze im Anlagenrecht zu novellieren und es sind zwei Bundesministerien (das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend) mit der Umsetzung befasst. Änderungen betreffen vor allem folgende Bundesgesetze:

Abfallwirtschaftsgesetz: Die Begutachtung zur **AWG-Novelle zur Umsetzung der Industrieemissions-Richtlinie** startete im Jänner 2013 und lief bis Mitte Februar 2013. Kritisch zu beurteilen sind in den Entwürfen insbesondere die Umsetzungsüberlegungen zu den Umweltinspektionen und die Intervalle zur Anpassung an den Stand der Technik.

AbfallverbrennungsVO: Von dieser Verordnung sind die Betreiber von Abfallverbrennungsanlagen und Abfallmitverbrennungsanlagen betroffen. Im vorliegenden Begutachtungsentwurf der **Novelle zur AbfallverbrennungsVO** sind über die Umsetzung der Industrieemissions-Richtlinie hinaus Verschärfungen der Grenzwerte für staubförmige Emissionen und Quecksilber vorgesehen. Dies ist aus Wirtschaftssicht kritisch zu betrachten, da damit die Wettbewerbsverzerrungen innerhalb Europas zunehmen.

Emissionsschutzgesetz-Kessel: Die Industrieemissions-Richtlinie betrifft auch die im Emissionsschutzgesetz für Kesselanlagen (EG-K) geregelten Anlagen. Zur Erleichterung der Anwendbarkeit ist eine Neufassung des EG-K aus dem Jahr 2004 durch das EG-K 2013 vorgesehen.

Gewerbeordnung: Die Novelle der Gewerbeordnung zur Umsetzung der Industrieemissions-Richtlinie ist noch nicht in der Begutachtung.

Mineralrohstoffgesetz: Da auch Bergbaubetriebe in den Geltungsbereich der Industrieemissions-Richtlinie fallen können, wird auch das Mineralrohstoffgesetz - angelehnt an die Gewerbeordnung - novelliert werden müssen.

Gewerbeordnung: Erleichterungen im Anlagenrecht

Das Wirtschaftsministerium hat im Dezember 2012 eine Novelle der Gewerbeordnung zum Anlagenrecht in Begutachtung geschickt. Die Grundsätze der Änderung, als deren wesentliches Ziel Erleichterungen im

Betriebsanlagenrecht genannt werden, wurden in der Regierungsklausur am 9. November 2012 beschlossen.

Diese GewO-Novelle umfasst folgende Punkte: **Möglichkeit zur Berichtigung überschießender Auflagen** (§ 79c), **Erleichterungen bei Betriebsübergaben** (§ 79d), **Genehmigungsfreiheit von vorübergehenden Änderungen unter bestimmten Voraussetzungen** (§ 81 Abs. 2 Z 11), **Genehmigungsfreiheit von Änderungen, die das Emissionsverhalten nicht nachteilig beeinflussen** (§ 81 Abs. 2 Z 7 + § 345 letzter Satz), **Vereinfachung der örtlichen Zuständigkeit** (§ 335) und **Anpassung der Parteistellung der Nachbarn** (§ 356 Abs. 3 und 4).

Die Begutachtungsfrist zu dieser Novelle ist Ende Jänner 2013 abgelaufen.

Verpackungsverordnung und AWG-Novelle

Die Abfallwirtschaftsgesetz- **(AWG-) Novelle „Verpackung“** ist im Jänner 2013 in Begutachtung gegangen. Damit sollen die wesentlichen Inhalte der geplanten Neufassung der Verpackungsverordnung zur Öffnung des Markts für einen fairen Wettbewerb der Sammel- und Verwertungssysteme (Haushaltsbereich) festgelegt werden.

Zu Arbeitsentwürfen vom Sommer, die sich von den Begutachtungsentwürfen nur wenig unterscheiden, wurde eine WKÖ-Stellungnahme abgegeben, die auch Minderheitsvoten beinhaltet. Der Stellungnahme ist eine interne Koordinierungssitzung vorausgegangen, in welcher grundsätzliche Standpunkte zum Vorhaben und wesentliche Eckpunkte der vorliegenden Arbeitsentwürfe ausgetauscht und diskutiert wurden.

Wesentliche Punkte der Arbeitsentwürfe AWG-Novelle „Verpackung“, die weiterer **Klärung, Präzisierung beziehungsweise Überarbeitung** bedürfen, sind aus Sicht der Industrie die exakte Abgrenzung von Haushaltsverpackungen zu gewerblichen Verpackungen, die genauen Regelungen zur Ver- und Entpflichtung der Teilnahme an Sammel- und Verwertungssystemen (insbesondere bei Glasverpackungen), die Wahrung des Einflusses der Wirtschaft beziehungsweise der Lizenznehmer auf die Systeme (um die Sammlung, Abholung und die Verwertung bestmög-

lich zu organisieren) und die Verwendung der Gewinne der Sammelsysteme aus Vorperioden. **Abgelehnt** wird die Erhöhung der „Abfallvermeidungsabgabe“, die Abgeltung für im Restmüll angefallene Verpackungen und die verfassungsrechtlich bedenkliche Verpflichtung der gewerblichen Anfallstellen Verpackungen an Sammelsysteme weiterzugeben.

Überarbeitung der Seveso-Richtlinie

Durch die Richtlinie 96/82/EG „Seveso-II“ sollen durch gefährliche Stoffe hervorgerufene Industrieunfälle vermieden sowie deren Auswirkungen gelindert werden. Wesentliche Eckpunkte sind erweiterte Inspektionsregeln, eine verstärkte Einbindung der Öffentlichkeit und eine detailliertere Klassifizierung von Chemikalien.

Das Europäische Parlament hat am 14. Juni 2012 im Plenum in der ersten Lesung die „Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rats vom 4. Juli 2012 zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen, zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinie 96/82/EG des Rates Text von Bedeutung für den EWR (SEVESO III)“ verabschiedet, die am 24. Juli 2012 im Amtsblatt der EU veröffentlicht wurde.

Der Anhang 1 der Richtlinie wird auf das CLP-System umgestellt. Vor allem durch die CLP-Vorgaben hin-

sichtlich der Einstufung als „umweltgefährdende Stoffe“ und durch die REACH-Einstufungen rechnen muss mit einer größeren Anzahl an Seveso-Betrieben in Österreich gerechnet werden.

Die Richtlinie muss zum größten Teil bis 31. Mai 2015 in nationales Recht umgesetzt werden. Die Aufnahme der höheren Schwellengrenze für Heiz-

öl schwer (Art 27b) muss allerdings schon früher (innerhalb von 18 Monaten ab Inkrafttreten der RL) umgesetzt werden (Anhebung der Mengenschwelle von derzeit 200 Tonnen auf 2500 Tonnen).

Altlastensanierungsgesetz / Altlastenatlasverordnung

Im Dezember 2012 wurden der Bundessparte Industrie Arbeitsentwürfe für ein neues Altlastensanie-

Ausblick 2013

Obwohl die Unternehmen der Industrie in Österreich den energetischen Einsatz für ihre Produkte über hocheffiziente Maßnahmen ständig reduziert haben, werden sie durch zusätzliche Belastungen gegenüber ihren europäischen und globalen Mitbewerbern mehr und mehr benachteiligt.

Deshalb setzt sich die Bundessparte Industrie das Ziel, die Belastung der energieintensiven Industrie zu minimieren und eine kostenoptimierte, nachhaltige und gesicherte Energieversorgung zu gewährleisten (z.B. Minderung der Ökostromkosten, Förderung der Errichtung und Erneuerung von hocheffizienten KWK-Anlagen etc.)

runngesetz und eine neue Altlastenatlasverordnung übermitteln.

Das BMLFUW hat die Vorbegutachtungsentwürfe des Altlastensanierungsgesetzes (ASLAG) 2013 und der Altlastenatlasverordnung 2013 in einer Besprechung am 17. Dezember 2012 vorgestellt und erwartete bis Ende Jänner schriftliche Rückmeldungen dazu. Eine Begutachtung soll erst Ende 2013 beginnen.

Im **Altlastensanierungsgesetz** 2013 ist eine Neustrukturierung des Verfahrens zur Sanierung der Altlasten mit Haftungsregelungen des Anlagenbetreibers und des Liegenschaftseigentümers geplant. Die ALSAG-Beiträge werden erhöht, Einnahmen von 70 Millionen Euro sollen erzielt werden. Eine wesentliche Abweichung vom bisherigen System der Beitragseinhebung ist nicht geplant.

Die **Altlastenatlasverordnung** soll laut den vorläufigen Entwürfen zukünftig in den Anhängen 11 bis 19 die Auflistung der Altlasten (nun „erheblich kontaminierte Standorte“ genannt) und in den Anhängen 2 bis 10 die Auflistung der „kontaminierte Standorte“ enthalten. Sogenannte „Verdachtsflächen“ soll es damit nicht mehr geben, wobei in den meisten Fällen die jetzt erfassten Verdachtsflächen zukünftig als kontaminierte Standorte aufgelistet werden. Außerdem sollen im Anhang 1 der Altlastenatlasverordnung Richtwerte und Kriterien stehen, ab wann ein Standort als kontaminiert bzw. erheblich kontaminiert einzustufen ist.

Abfallende Recyclingbaustoffe

Mit einer Regelung des Abfallendes für Recyclingbaustoffe sollen nicht nur „finanzielle Hürden“, wie der Altlastensanierungsbeitrag für Recyclingbaustoffe beseitigt werden, sondern auch - durch die Schaffung von Rechtssicherheit - die Marktnachfrage erhöht werden. Aufgrund des vorliegenden Arbeitsentwurfs sind noch bestimmte Einzelprobleme (Schlackenproblematik, überbordende bürokratische Vorgaben für die Bauwirtschaft) zu lösen. Laut BMLFUW soll im ersten Quartal 2013 ein neuer Entwurf vorgelegt werden, der die Wünsche der Wirtschaft besser berücksichtigt.

Änderungen für die Hersteller von Elektro- und Elektronikgeräte

Die überarbeitete **Richtlinie zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (RoHS Directive 2011/65/EU)** wurde am 1. Juli 2011 im EU-Amtsblatt veröffentlicht und trat am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Die Richtlinie wäre von den

Mitgliedstaaten grundsätzlich bis spätestens 2. Jänner 2013 in nationales Recht umzusetzen gewesen.

Die Novelle zur Umsetzung dieser Richtlinie, dessen wesentlicher Regelungsinhalt die Festlegung von Stoffverboten für Elektro(nik)geräte und die Sicherstellung der „RoHS-Konformität“ von Elektro(nik)geräten ist, wurde zur Begutachtung ausgeschickt. Im Zuge der Umsetzung der RoHS-Richtlinie in die Elektroaltgeräteverordnung (EAG) wird auch die Geräteliste, mit der einfach überprüft werden kann, ob ein Gerät in den EAG-Geltungsbereich fällt oder nicht, überarbeitet. Dazu fand im Lebensministerium bereits eine Sitzung statt, weitere werden folgen.

Außerdem ist die **Richtlinie zu Elektro- und Elektronik-Altgeräten (WEEE-Richtlinie 2012/19/EU)** am 24. Juli 2012 im Amtsblatt der Europäischen Union erschienen ist und am zwanzigsten Tag nach Veröffentlichung in Kraft trat. Aufgrund der Umsetzungsfrist von 18 Monate ist die Richtlinie bis 14. Februar 2014 in Österreich umzusetzen. Wesentliches Ziel der Richtlinie ist die Anhebung der Rücknahmekquote für Altgeräte und die Verhinderung illegaler Ausfuhren von Abfällen.

In Österreich wurden die WEEE-Richtlinie und die RoHS-Richtlinie in einer Verordnung, nämlich der Elektroaltgeräteverordnung, umgesetzt. Zukünftig wird es voraussichtlich dabei bleiben, dass beide Richtlinien in einer österreichischen Verordnung umgesetzt werden.

Abfallnachweisverordnung

Eine neue Abfallnachweisverordnung wurde am 12. Oktober 2012 im Bundesgesetzblatt verlautbart, die am 1. Juli 2013 in Kraft tritt und die Abfallnachweisverordnung 2003 ablöst. Mit gegenständlicher Neufassung der AbfallnachweisVO wird eine klare Abgrenzung von der AbfallbilanzVO (regelt die laufenden Aufzeichnungen für die Abfallbilanz und die Meldung der Abfallbilanz) geschaffen.

Weiterer wesentlicher Inhalt ist die Einschränkung der Übermittlung der Begleitscheindaten durch Abfallsammler oder -behandler ausschließlich im Rahmen des elektronischen Datenmanagements (EDM) oder über eine Online-Eingabemaske. Als Übergangsfrist hinsichtlich der alten Übermittlungsformen ist der 31. Dezember 2013 vorgesehen, ab 1. Jänner 2014 ist ausschließlich die elektronische Begleitschein-Meldung (drei Meldewege) erlaubt.

Mag. Andrea Bärenthaler, Mag. André Buchegger und Mag. Richard Guhsl sind Mitarbeiter der Bundessparte Industrie.



Michael Renelt

Wirtschafts- und Forschungspolitik

Im Jahr 2012 werden sich die heimischen F&E-Ausgaben voraussichtlich um 4,2 % gegenüber dem Vorjahr erhöhen und Österreichs Forschungsquote damit bei 2,80 % des BIP liegen. Die Industrie begrüßt die im ersten Stabilitätsgesetz beschlossene deutliche Anhebung des Deckels bei der Auftragsforschung und den Start von zehn neuen Kompetenzzentren. Die Einführung von verpflichteten FFG-Gutachten für die Inanspruchnahme der Forschungsprämie hat einen zusätzlichen bürokratischen Aufwand gebracht, Bemühungen gehen dahin, diesen so gering wie möglich zu halten.

Forschungspolitik

Österreichs F&E-Ausgaben 2012

Aus der von der Statistik Austria herausgegebenen jährlichen Globalschätzung geht hervor, dass im Jahr 2012 in Österreich für Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E) voraussichtlich 8,6 Milliarden Euro ausgegeben werden. Gegenüber 2011 dürften die österreichischen F&E-Ausgaben um geschätzte 4,2 % ansteigen. Das entspricht einer **Forschungsquote** (Bruttoinlandsausgaben für F&E im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) von 2,80 %. Für 2011 wurde die

heimische Forschungsquote nunmehr auf 2,74 % korrigiert. 2010 betrug sie 2,79 % und im Jahr 2009 2,72 %. Von den prognostizierten Forschungsausgaben werden im Jahr 2012 mit 45 % (3,84 Milliarden Euro) die heimischen **Unternehmen den größten Finanzierungsanteil tragen** (+ 2,2 % gegenüber 2011). Bemerkenswert ist, dass durch die einbezogenen Ergebnisse der über das Jahr 2009 durchgeführten großen F&E-Erhebung die Statistik-Experten der Statistik Austria vergangene Aussagen, insbesondere über das Krisenjahr 2009, korrigierten (siehe Tabelle). So hat der Unternehmenssektor im Jahr 2009 seine F&E-Ausgaben nicht - wie in der Vergangenheit angenommen - reduzieren müssen, sondern diese sogar um über 1,1 % gegenüber 2008 gesteigert. 2010 erhöhten die Unternehmen ihre F&E-Ausgaben um weitere 1,4 % auf 3,57 Milliarden Euro. 2011 erfolgte wieder ein deutlich kräftigerer Anstieg der F&E-Ausgaben des heimischen Unternehmenssektors um 5,3 % auf 3,76 Milliarden Euro.

Die F&E-Finanzierung durch den **öffentlichen Sektor** wird im Jahr 2012 mit 3,38 Milliarden Euro und einem Finanzierungsanteil von 39,3 % einen bisherigen Höchststand erreichen. Dies entspricht einer Steigerung von 7,5 % gegenüber dem Jahr 2011.

Finanzierung der österreichischen Forschungsausgaben

| | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2012 |
|--|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|--------------|
| | Mill. € | Mill. € | Mill. € | Mill. € | Mill. € | Anteil in % |
| Bruttoinlandsausgaben für F&E | 7.548 | 7.480 | 7.984 | 8.263 | 8.611 | 100,0 |
| Davon finanziert durch: | | | | | | |
| Bund | 2.357 | 2.297 | 2.586 | 2.646 | 2.870 | 33,3 |
| Bundesländer | 354 | 273 | 405 | 404 | 411 | 4,8 |
| Unternehmenssektor | 3.481 | 3.520 | 3.571 | 3.760 | 3.842 | 44,6 |
| Ausland | 1.241 | 1.256 | 1.283 | 1.311 | 1.339 | 15,5 |
| Sonstige | 116 | 133 | 138 | 143 | 149 | 1,7 |
| BIP nominell | 282.750 | 274.820 | 286.200 | 301.310 | 307.870 | |
| Forschungsquote | 2,67% | 2,72% | 2,79% | 2,74% | 2,80% | |

Quelle: STATISTIK AUSTRIA (Globalschätzung 2012), WIFO Prognose März 2012

Rund 2,87 Milliarden Euro wird der Bund beitragen (+ 8,5 % gegenüber 2011), wobei sich ein Großteil davon aus dem auf zehn Prozent erhöhten Prozentsatz der Forschungsprämie herleiten lässt. Insgesamt wird die vom Bundesministerium für Finanzen für 2012 ausbezahlte Forschungsprämie auf 450,0 Millionen Euro geschätzt. Auf die Bundesländer entfallen rund 411 Millionen Euro (+ 1,8 % gegenüber 2011) und sonstige öffentliche Einrichtungen, wie Gemeinden, Kammern und Sozialversicherungsträger, tragen rund 102 Millionen Euro bei.

15,6 % (das sind rund 1,34 Milliarden Euro) werden vom Ausland sowie 0,6 % (rund 47 Millionen Euro) vom privaten gemeinnützigen Sektor finanziert. Die Finanzierung durch das Ausland stammt zum überwiegenden Teil von internationalen Konzernen, deren heimische Tochterunternehmen in Österreich Forschung betreiben, und schließt die Rückflüsse aus den EU-Rahmenprogrammen für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration ein. Zählt man somit zu der Finanzierung des Unternehmenssektors die für Österreich bedeutende Auslandsfinanzierung hinzu, so ergeben diese zusammen 5,18 Milliarden Euro oder 60,2 % der gesamten österreichischen F&E-Ausgaben.

Trotz Wirtschaftskrise gingen 2009 die F&E-Ausgaben in Österreich zwar geringfügig zurück, die **Forschungsquote** erhöhte sich jedoch von 2,67 % auf 2,72 % (2009) und im Folgejahr auf 2,79 % (2010). Der im Vergleich zu den Forschungsausgaben stärkere Anstieg des Bruttoinlandsprodukts führte 2011 zu einem kurzfristigen Rückgang der Forschungsquote auf 2,74 %. 2012 wird die Quote mit 2,80 % wieder knapp über dem Niveau von 2010 liegen.

Im internationalen Vergleich übertrifft Österreich die durchschnittliche Forschungsquote der EU-27 mit 2,0 % für das Vergleichsjahr 2010 deutlich und zählt mit Finnland, Schweden, Dänemark und Deutschland (2,82 %) zu den TOP 5-Forschungsländern der EU.

7. EU-Forschungsrahmenprogramm

Zum Datenstand Dezember 2012 kamen 2,5 % aller bewilligten Beteiligungen im 7. Rahmenprogramm aus Österreich. Im Vergleich dazu stammten im 4. Rahmenprogramm 2,3 %, im 5. Rahmenprogramm 2,4 % und im 6. Rahmenprogramm 2,6 % aus Österreich. Mit 1.882 Projektvorschlägen und 2.622 bewilligten Beteiligungen liegt Österreich an zehnter Stelle innerhalb der EU27. Österreicher sind an jedem fünften Projekt der Säule „Zusammenarbeit“ (21,5 %) und an jedem

siebenten Projekt der Säule „Kapazitäten“ (14,9 %) beteiligt. 3,4 % der als förderwürdig eingestuften Projekte werden zudem von österreichischen Organisationen koordiniert (das entspricht dem neunten Platz innerhalb der EU). Von den insgesamt in der EU bewilligten Fördergeldern von 27,4 Milliarden Euro konnten bisher 729,5 Millionen Euro österreichischen Partnerorganisationen zugeordnet werden. Dies entsprach 2,66 % der rückholbaren Fördergelder beziehungsweise einer Rückflussquote von 126 % gemessen am österreichischen Beitrag zum EU-Haushalt.

Die **Beteiligung der österreichischen Industrie** am derzeit laufenden 7. EU-Forschungsrahmenprogramm ist nach wie vor mäßig. 60 % der bewilligten österreichischen Beteiligungen können universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zugeordnet werden. Nur jede vierte bewilligte Beteiligung kommt aus der Industrie (19 % von KMU und nur 7 % von Großunternehmen). Projektkoordinationen wurden am häufigsten von der Medizinischen Universität Wien (15 Projekte) und der TU Wien (14 Projekte), gefolgt vom AIT und der TU Graz mit je zwölf Projekten übernommen.

Am 9. Juli 2012 startete die letzte zentrale Ausschreibungsrunde im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm (2007-2013). Die Fristen für die Einreichungen endeten je nach Programmlinie zwischen Herbst und Winter 2012/2013. Ab 2014 wird das bis 2020 laufende **Nachfolgeprogramm HORIZON 2020** die europäische Forschungsförderung im globalen Wettbewerb gestalten.

Zehn neue Kompetenzzentren

Im Rahmen des Exzellenzzentren-Programms COMET (<http://www.ffg.at/content/comet-plattform>) wurden im Oktober 2012 auf Basis einer Jury-Empfehlung zehn neue K-Forschungsprojekte bewilligt (25 waren eingereicht worden). Für diese neuen K-Projekte stehen insgesamt zehn Millionen Euro zur Verfügung. Sie haben eine Laufzeit von drei bis vier Jahren. Insgesamt gibt es nun im COMET-Programm (Stand: 28. Jänner 2013) fünf große K2-Zentren, 16 K1-Zentren und 31 K-Projekte (vier K-Projekte sind bereits ausgelaufen). Die thematischen Schwerpunkte der neuen K-Projekte liegen in den Bereichen Bautechnik, Technische Chemie, Elektrotechnik, Maschinenbau und Informatik.

Nationalstiftung

Die Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung schüttete 2012 insgesamt 48,9 Millionen

Euro für langfristig verwertbare interdisziplinäre Forschungsmaßnahmen aus. Gegenüber den beiden Vorjahren, in denen jeweils rund 75 Millionen Euro ausgeschüttet wurden, war dies ein deutliches Minus. 17 Millionen Euro erhielt die FFG (2011: 27,5 Millionen Euro), 13 Millionen Euro der Wissenschaftsfonds FWF (2011: 19,4 Millionen Euro), 8 Millionen Euro die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW), 4,1 Millionen Euro die Ludwig Boltzmann Gesellschaft (LBG), 4,5 Millionen Euro die Christian Doppler Gesellschaft. Die Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS) erhielt zur Unterstützung der Venture Capital Initiative 2,3 Millionen Euro.

Deckelung für Auftragsforschung auf eine Million Euro angehoben

Mit dem am 1. April 2012 in Kraft getretenen ersten Stabilitätsgesetz 2012 (BGBl. 22/2013 Teil I) wurde für Wirtschaftsjahre, die ab dem 1. Jänner 2012 beginnen, die bisher für die Bemessungsgrundlage der prämienbegünstigten Auftragsforschung bestehende Deckelung von bisher 100.000 Euro auf eine Million Euro angehoben.

Gleichzeitig wurden allerdings die Bedingungen für die Geltendmachung einer 10 %igen F&E-Prämie dahingehend verschärft, dass dafür ab Jahresbeginn 2013 ein Gutachten der FFG über die Eigenforschung zwingend vorzulegen ist.

Neue Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Forschungsprämie

Mit dem Abgabenänderungsgesetz 2012 (BGBl. I Nr.112/2012) wurden hinsichtlich der Erstellung von FFG-Gutachten im EStG 1988 im § 108c die entsprechenden Absätze 7 bis 9 neu formuliert. Die nähere Handhabung hinsichtlich der Kriterien zur Festlegung förderbarer Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen (-ausgaben), hinsichtlich der Forschungsbestätigung und über die Erstellung der Gutachten durch die Forschungsförderungsgesellschaft mbH regelt die vom Finanzministerium am 28. Dezember 2013 herausgegebene Forschungsprämien-Verordnung (BGBl. II Nr. 515/2012).

Dieses **Jahresgutachten** wird im Nachhinein über FinanzOnline bei der FFG beantragt und bildet die Entscheidungsgrundlage für das Finanzamt. Es trifft allerdings nur Aussagen über das Vorliegen der Förderungswürdigkeit im Sinne des EStG 1988 und nicht bezüglich der Höhe der Bemessungsgrundlage.

- Nach Ende des Wirtschaftsjahrs, das 2012 begonnen hat, frühestens mit 1. Jänner 2013, stellt das Unternehmen mit dem Formular E108C den Antrag auf eine 10 %ige Forschungsprämie an das Finanzamt sowie nahezu gleichzeitig einen Antrag zur Anforderung des Jahresgutachtens über FinanzOnline an die FFG.
- Die FFG beurteilt, ob es sich bei der bemessungsgrundlagen-relevanten eigenbetrieblichen F&E tatsächlich um F&E handelt, die den Definitionen von Gesetz und Verordnung (Anhang II der ForschungsprämienVO) entsprechen (siehe Frascati Manual 2002; www.oecd.org/sti/frascatimanual).
- Informationen sind in standardisierter Form zu übermitteln: maximal 3.000 Zeichen pro Projekt / Schwerpunkt (wir empfehlen, diese auszunützen); Forschungsprojekte können zu maximal 20 Forschungsschwerpunkte zusammengefasst werden
- Die FFG-Gutachten sind kostenlos.
- Die FFG hat den Datenschutz zu gewährleisten und das Steuergeheimnis zu wahren.
- FFG hat das Ziel, dass die Bearbeitungsdauer der Jahresgutachten-Anforderungen innerhalb von zwei Monaten erfolgt (garantiert wird innerhalb von vier Monaten).
- Das fertige Gutachten übermittelt die FFG dem zuständigen Finanzamt über FinanzOnline. Das Unternehmen erhält gleichzeitig per E-Mail eine Verständigung und kann das Gutachten in FinanzOnline im Steuerakt einsehen.
- Einwände gegen das FFG-Gutachten sind im Abgabeverfahren selbstverständlich möglich.
- Auskünfte sind auf der FFG-Homepage unter: www.ffg.at beziehungsweise bei der Hotline der FFG unter 05 7755 - 7000 erhältlich.

Neben dem Jahresgutachten ist es für Unternehmen auch möglich, **ein Projektgutachten für eine ex-ante Forschungsbestätigung des Finanzamts** (Feststellungsbescheid des Finanzamts; sinngemäße Anwendung des § 118 BAO „advance ruling“, dass ein Forschungsprojekt die inhaltlichen Kriterien für eine Forschungsprämie erfüllt) sowie einen Feststellungsbescheid über die Höhe der Bemessungsgrundlage nach § 108c Abs.9 EStG 1988 zu beantragen. Dafür ist zusätzlich zum Projektgutachten der FFG und der Forschungsbestätigung des Finanzamts auch eine Bestätigung eines Wirtschaftsprüfers über die Höhe der Jahres-Bemessungsgrundlage vorzulegen.

Wirtschaftspolitik

Industrie-Exportpreis 2012

Im Rahmen des „10. Österreichischen Exporttags“ wurden am 26. Juni 2012 in Wien von Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Mitterlehner sowie WKÖ-Präsident Dr. Christoph Leitl die Exportpreise 2012 übergeben. In der Kategorie „Industrie“ gewann die Wiener Starlinger & Co GmbH, Weltmarktführender Hersteller von Kunststoff-Gewebesackmaschinen sowie Recycling- und Veredelungsanlagen für PET, nach 2008 bereits zum zweiten Mal. Die beiden Industrie-Ehrenpreise erhielten die **Siemens VAI Metals Technologies GmbH** in Linz (Technologieführer bei Verfahren der Eisenerzeugung) sowie die **Kapsch-Group Beteiligungs GmbH** (Weltmarktführer bei elektronischen Multi-Lane-Free-Flow-Mautsystemen). Der gesondert vergebene „go-international Award 2012“ ging an die Andritz AG.

Innovationspreis 2012

Das oberösterreichische Industrie-Unternehmen **Trumpf Maschinen Austria GmbH & Co KG** erhielt im März 2012 von Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Mitterlehner für die Entwicklung der Highspeed-Biegezone „TruBendCell 7000“ (Biegen von Kleinteilen aus Stahlblech) den Staatspreis Innovation 2012 verliehen. Insgesamt bewarben sich 627 Unternehmen. Den heuer erstmals vergebenen Sonderpreis „Verena“ erhielt der Motorenhersteller BRP-Powertrain für das Projekt Rotax Auxiliary Power Unit. Der von der WKÖ

für KMU verliehene Sonderpreis „Econovius“ ging an das Linzer Unternehmen FerRobotics Compliant Robot Technology GmbH.

Österreichs Industrie-Kennzahlen 2012

Im Juni 2012 hat die Bundessparte Industrie ihre Statistikbroschüre „Österreichs Industrie KENNZAHLEN 2012“ in aktualisierter Form neu aufgelegt. Das Kennzahlenheft ist im Internet auf der Homepage der Industrie unter <http://wko.at/industrie>, Geschäftsführung und Öffentlichkeitsarbeit, Statistik, KENNZAHLEN, abrufbar. Es soll allen an der österreichischen Industrie Interessierten als Informationsquelle, Orientierung und Dokumentation sowohl in fachlicher als auch in regionaler Gliederung dienen.

Bilanzkennzahlenanalyse Bilanzjahr 2009/2010

Die Bundessparte Industrie setzte 2012 die in den Vorjahren beim Industriewissenschaftlichen Institut IWI in Auftrag gegebene Bilanzkennzahlenanalyse über das Bilanzjahr 2009/2010 fort. Diese Analyse beinhaltet Sonderauswertungen für die sechs Industriefachverbände Stein/Keramik, Glas, Holz, Maschinen/Metallwaren, Fahrzeuge und Elektro/Elektronik, eine Länderauswertung der niederösterreichischen Industrie sowie eine für den Eisen/Metallsektor.

Mag. Michael Renelt ist Mitarbeiter der Bundessparte Industrie.



Manfred Engelmann

Öffentlichkeitsarbeit

Die Europäische Kommission hat im Oktober 2012 in einer Mitteilung zur Industriepolitik festgestellt, dass „eine solide Industriebasis eine Grundvoraussetzung für den Wohlstand und den wirtschaftlichen Erfolg Europas darstellt.“ Dieses Bewusstsein auch in Öster-

reich bei Entscheidungsträgern und in der (medialen) Öffentlichkeit zu wecken ist zentrale Zielsetzung der Öffentlichkeitsarbeit der Bundessparte Industrie. Ein weiteres, zentrales Anliegen ist die Kommunikation mit den Mitgliedern.

Die große Bedeutung der Industrie für Wertschöpfung, Beschäftigung und Wohlstand in Österreich wird immer wieder durch entsprechende Untersuchungen bestätigt. Gleichzeitig wird in der Öffentlichkeit und auch bei vielen politischen Entscheidungsträgern die Rolle der Industrie erheblich unterschätzt. Dieses falsche Bild zu korrigieren ist von entscheidender Bedeutung für die Industrie, denn nur dann kann es gelingen ein breites Verständnis für positive Rahmenbedingungen für industrielle Tätigkeit in Österreich sicher zu stellen.

Seit Jahren bewährt hat sich die Fokussierung auf betont sachliche Information, die Entscheidungsträger, den Medien (als wirksame Multiplikatoren) und den Mitgliedern der Bundessparte zur Verfügung gestellt werden. Eine zunehmend wichtige Rolle kommt individuellen Lobbying-Maßnahmen zu: Durch rechtzeitigen Aufbau von Kontakten mit Entscheidungsträgern und Bereitstellung von Informationen können Anliegen wirkungsvoll vertreten und Konfliktfelder beziehungsweise Probleme frühzeitig entschärft werden.

Medienarbeit

Die strukturellen Veränderungen in der Medienlandschaft erschweren die Öffentlichkeitsarbeit: Einsparungen und personelle Kürzungen in den Wirtschaftsredaktionen führen dazu, dass die Zahl an Journalisten mit echter Industrieexpertise weniger werden und auch der Besuch bei Pressegesprächen und ähnlichen Veranstaltungen zurück geht. Dennoch bleiben Pressekonferenzen, Presseaussendungen und Einzelgespräche mit Journalisten ein wichtiger Weg für die österreichische Industrie, um ihre Themen und Anliegen einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Eckpunkte sind die quartalsweise abgehaltenen Pressekonferenzen zur Industriekonjunktur, bei denen neben aktuellen Konjunkturdaten wichtige industriepolitische Fragen angesprochen werden können.

Die Erfahrung zeigt, dass neben einer „Erstverwertung“ von Pressegesprächen und anderen Veranstaltungen für tagesaktuelle Artikel auch die spätere Nutzung von zur Verfügung gestellten Unterlagen eine wichtige Rolle spielt. Indem Presseunterlagen bei späteren Recherchen von Journalisten gerne als Grundlage herangezogen werden, gelingt es - über den ursprünglichen Anlassfall hinaus - die Position der Industrie in die Berichterstattung einfließen zu lassen.

Industrie aktuell

Gemeinsam mit dem Industriewissenschaftlichen Institut wird die Quartalsschrift „industrie aktuell“ heraus gegeben. Darin enthalten sind jeweils eine zusammenfassende Darstellung der Industriekonjunktur sowie eine detaillierte Schilderung der Entwicklung in den einzelnen Fachverbänden. Die Publikation wurde in den letzten Jahren enger in die Kommunikationsstrategie der Bundessparte Industrie eingebunden: Der Spartenobmann ist nunmehr regelmäßig Autor der Leitartikel von „industrie aktuell“, die Industrieforen widmen sich noch stärker den zentralen Zukunftsfragen der österreichischen Industrie, und der Jahresbericht der Bundessparte Industrie erscheint als eine der Ausgaben von „industrie aktuell“.

Thematische Schwerpunkte des letzten Jahres waren die Diskussion um das Energieeffizienzgesetz - bei dem die Industrie auch durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit wesentliche Verbesserungen gegenüber dem Erstentwurf erreichen konnte - und die Zukunft der Industriefinanzierung.

Weiterhin zentrale Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit der Bundessparte Industrie ist die intensive Kommunikation mit ihren Mitgliedern. Die Umstellung der Mitgliederinformation „Die Industrie aus erster Hand“ von einer Papierversion in einen elektronischen Newsletter hat sich bewährt. Bei geringeren Kosten können mehr Mitglieder umfassend über wichtige Fragen informiert werden. Die Informationen können - durch den Entfall der Zeiten für Druck und Versand - aktueller erfolgen, sie sind nicht mehr durch das vorgegebene Papierformat begrenzt und sie erscheinen mit entsprechenden Querverweisen zu anderen Internetquellen.

Ein weiterer Vorteil des elektronischen Newsletters gegenüber der bisherigen Erscheinungsform liegt auch darin, dass zwischen den geplanten, periodischen Newslettern einzelne Aussendungen zu aktuellen Themenstellungen erfolgen können.

Dr. Manfred Engelmann ist Geschäftsführer der Bundessparte Industrie.



© presstext.at

Herwig W. Schneider

Die internationale Konjunktorentwicklung

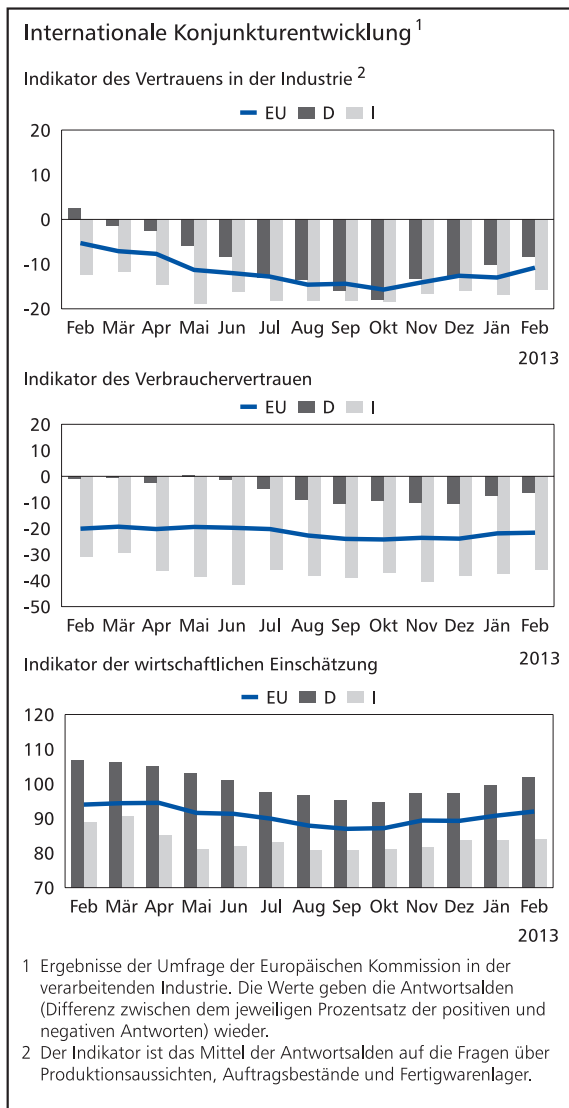
Die konjunkturelle Eintrübung des Jahres 2012 dürfte - wie erwartet - nicht in eine neuerliche Krise münden, sondern scheint einer graduellen Verbesserung der Wirtschaftsentwicklung zu weichen. Allerdings ist diese Verbesserung zaghaft: Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet für das laufende Jahr mit einem **Wachstum der Weltwirtschaft um 3,5 %**; der Prognosewert wurde aber jüngst (im Jänner 2013) gegenüber der Herbstprognose geringfügig nach unten revidiert. Im Jahr 2014 sollte die weltwirtschaftliche Entwicklung moderat an Tempo gewinnen, die IWF-Prognose erwartet ein Wachstum von 4,1 %.

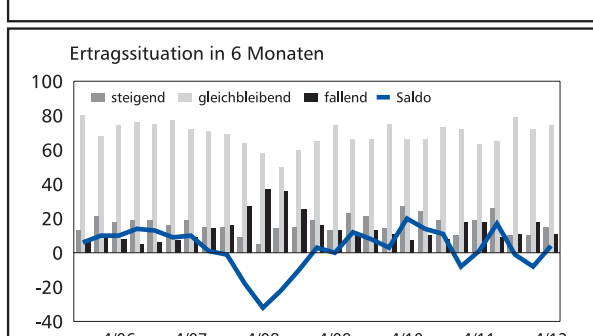
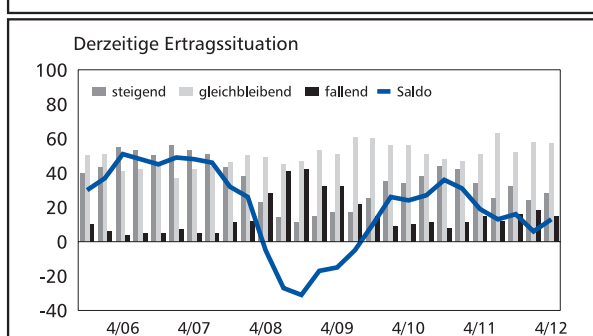
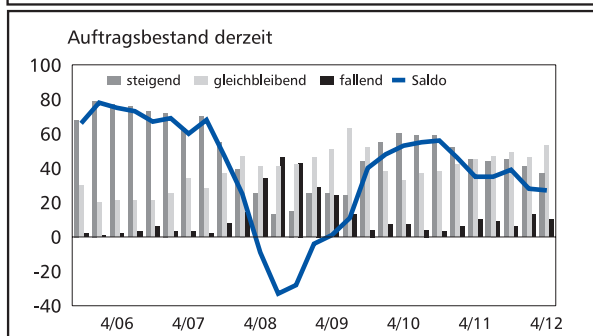
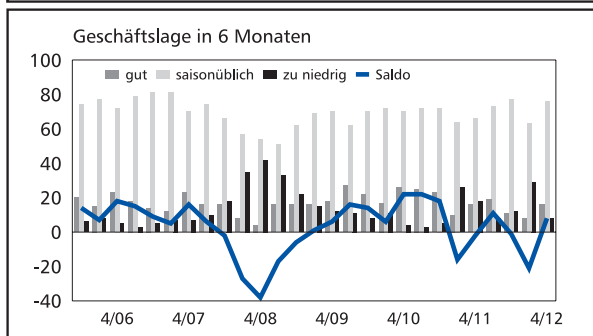
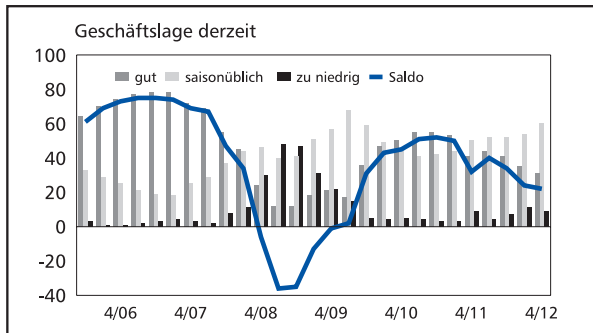
Relativ stabil blieben die Prognosen für die **Emerging Markets**, die um 5,5 % (2013) beziehungsweise 5,9 % (2014) wachsen sollen. Wachstumszentrum ist „Developing Asia“ mit dem Spitzenreiter **China** (8,2 beziehungsweise 8,5 % Wachstum), weiterhin relativ optimistisch bleibt der IWF für Afrika südlich der Sahara, wo Wachstumsraten jenseits der Fünf-Prozentschwelle vorhergesagt werden.

Die stärkste Prognoserevision des IWF betrifft der **Welthandel**, der sich insbesondere im Jahr 2013 mit + 3,8 % nur relativ bescheiden ausweiten sollte. In dieser Kennzahl zeigt sich auch deutlich die **Verschiebung weltwirtschaftlicher Strukturen**, denn einem robusten Wachstum der Handelsströme rund um die Emerging Markets steht ein äußerst bescheidenes Wachstum des außenwirtschaftlichen Beitrags der Industrieländer (Exporte 2013 + 2,2 %, Importe 2013 + 2,8 %) gegenüber. Dazu passt, dass der IWF die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der **Industrieländer auf der Kriechspur** ortet, wobei sich das geringe Wachstum des laufenden Jahres von 1,4 % auf 2,2 % im Jahr 2014 beschleunigen sollte. Im kommenden Jahr sollte auch endlich wieder die Wirtschaft der **Eurozone** expandieren (um 1,0 %). Die Eurozone war im Übrigen von der größten und symbolträchtigsten Prognoserevision des IWF betroffen: Statt eines minimalen Wachstums - wie noch im Herbst vorhergesagt - rechnet der IWF nun mit einer (weiteren) Schrumpfung im Jahr 2013 (um 0,2 %).

Europäische Wirtschaftsentwicklung

Die Werte des IWF stimmen fast auf den Zehntelprozentpunkt mit den **Erwartungen der EU-Kommission** überein, wie sie in der Winterprognose 2013 Ende Februar vorgelegt wurden: Laut dieser Prognose wird die Wirtschaft der Eurozone im laufenden Jahr um 0,3 % schrumpfen (2014 aber dann um immerhin 1,4 % zulegen) und die Wirtschaft im gesamten EU-Raum im laufenden Jahr faktisch stagnieren (+ 0,1 % Wachstum). Die erwartete Aufhellung im Jahresverlauf 2013 zeigt sich darin, dass der Prognose zufolge im vierten Quartal 2013 das Niveau der Wirtschaftsleistung vom letzten Quartal 2012 in der EU um 1,0 % und im Euroraum um 0,7 % übertroffen werden soll.





Abgesehen von den **Baltischen Staaten** werden 2013 die noch relativ höchsten Wachstumsraten innerhalb der EU in **Bulgarien und Rumänien** (mit jeweils rund 1,5 %) erwartet. Eine schrumpfende Wirtschaftsleistung wird - in absteigendem Ausmaß - für Griechenland, Zypern, Slowenien, Portugal, Spanien, Italien, Niederlande und (ganz geringfügig) Ungarn prognostiziert. Im Jahr 2014 sollte dann nur noch Zypern mit einem anhaltenden Rückgang des Bruttoinlandsproduktes zu kämpfen haben.

Währungsfonds und EU-Kommission stimmen darin überein, dass sich die **Risiken aus der Eurokrise zuletzt deutlich vermindert** haben. Dies hat nicht nur atmosphärische Gründe oder ist in einer erfolgreichen Krisenpolitik der Europäischen Zentralbank begründet, sondern spiegelt fundamental die **verringerten strukturellen Defizite in Haushalten der EU-Mitgliedsländer** wider. Nicht berücksichtigt sind dabei allerdings die jüngsten Wahlergebnisse in Italien und die daraus folgenden Konsequenzen für die Regierungsbildung und die künftige Budgetpolitik in Italien.

Die Europäische Union erwartet in ihrer Prognose, dass im Laufe des Jahres 2013 die Inflation weiter zurück gehen wird, und zwar im Euroraum auf 1,8 % im laufenden Jahr und auf 1,5 % im Jahr 2014. Diese Erwartung basiert insbesondere auf einem Auslaufen der Auswirkungen der Energiepreiserhöhungen auf die Inflationsraten. Die Prognosewerte für die Inflationsrate im Euroraum sind insofern bedeutsam, als Preissteigerungen unterhalb der Stabilitätsgrenze von zwei Prozent einen **Spielraum der Europäischen Zentralbank** für expansive geldpolitische Maßnahmen signalisieren.

Eine bemerkenswerte Entwicklung zeigt der **Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung in der Europäischen Union**: Ausgehend von einem außerordentlich niedrigen Niveau ist dieser seit September 2012 angestiegen und hat sich innerhalb von fünf Monaten um immerhin fünf Punkte verbessert. Ein so langer Anstieg war in der Vergangenheit im Regelfall ein zuverlässiger Hinweis auf eine **stabile Richtung der Konjunkturbewegung**. Noch immer liegt der Indikator aber mit 92,0 Punkten deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt (100 Punkte), auch sämtliche fünf Teilindikatoren (Industrie, Dienstleistungen, Konsumenten, Handel, Bauwirtschaft) weisen **unterdurchschnittliche Niveaus** auf.

Die **Einschätzung der europäischen Industrie** liegt auf dem besten Stand seit April des Vorjahres und hat sich gegenüber dem zwischenzeitlichen Tiefstand von Oktober 2012 um ebenfalls rund fünf Punkte ver-

bessert. Auffällig ist, dass diese Verbesserung primär auf den **zukunftsbezogenen Faktoren** „Produktionserwartungen“ und „Auftragseingänge“ beruhen, wogegen bei den (unfreiwilligen) gegenwärtigen Lagerbeständen geringere Verbesserungen zu verzeichnen sind. Dies kann einerseits im Sinne einer sich gerade verbessernden Gesamtsituation interpretiert werden, andererseits kann aber damit auch gezeigt werden, dass die Konjunkturbelebung noch in erheblichem Ausmaß auf Hoffnung und Erwartung beruht. Wenig überraschend sind die Einschätzungen der Industrie in den südeuropäischen Ländern besonders negativ, wogegen in Mittel-, Ost- und Nordeuropa sowie in Großbritannien die langjährigen Durchschnittswerte in Reichweite sind, vereinzelt sogar übertroffen werden.

Die Einschätzungen des Dienstleistungssektors, des Handels und der Bauwirtschaft haben sich in den letzten Monaten in mit der Industrie vergleichbarem Ausmaß verbessert, nämlich um 5,9 sowie um 4,8 und 4,3 Punkte. Markant weniger verbessert hat sich nur die Einschätzung durch die **Konsumenten**, nämlich um 2,6 Punkte gegenüber dem Tiefstand von Oktober 2012. Die Beschäftigungserwartungen, die Sparfähigkeit und die Einschätzung der eigenen finanziellen Möglichkeiten hat sich wenig verändert, nur die allgemeine Einschätzung der wirtschaftlichen Lage ist deutlich günstiger. Letzteres dürfte widerspiegeln, dass seit Sommer 2012 die alarmierenden Meldungen in den Medien über einen Untergang des Euro und ein Zerbrechen der Europäischen Union in den Hintergrund getreten sind.

Die zurückhaltende Haltung der Konsumenten ist im Licht der erwähnten EU-Winterprognose 2013 durchaus nicht unbegründet: Die hohe **Arbeitslosigkeit** in der Europäischen Union ist 2012 im Euroraum um 0,8 Prozentpunkte auf 12,2 % und in der Europäischen Union insgesamt um 0,6 Prozentpunkte auf 11,1 % angestiegen. Die erwartete Wirtschaftsbelebung wird zumindest im Jahr 2014 noch keine nennenswerten Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben, denn die in der EU-Prognose für 2014 angegebene Verminderung der Arbeitslosenraten um jeweils einen Zehntelprozentpunkt ist eine statistische Geste der Hoffnung.

Industrie in Österreich

Das jüngste **IV-Konjunkturbarometer** für Österreich¹ ist deutliches Abbild einer Stabilisierung der Konjunkturlage der Industrie: Die aktuelle Geschäftslage hat sich zum Jahreswechsel 2012/13 geringfügig unter dem Niveau des Frühherbstes stabilisiert, während gleichzeitig die Auftragsbestände aus dem Ausland wieder begonnen haben zuzulegen und die Produktionserwartung auf Sicht des nächsten halben Jahres wieder aus einem deutlich negativen Saldo in den positiven Bereich gedreht haben.

¹ An der jüngsten Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung haben sich insgesamt 447 Unternehmen mit knapp 295.000 Beschäftigten beteiligt.

DDr. Herwig W. Schneider ist Geschäftsführer des IWI und Mitherausgeber von „industrie aktuell“.



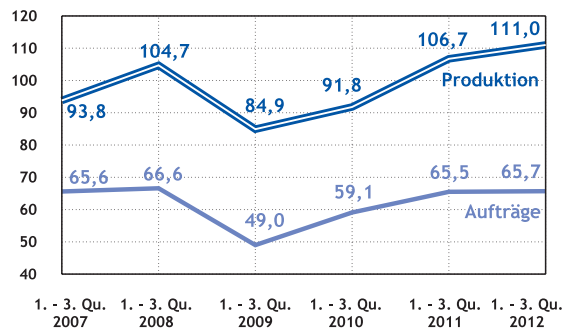
Manfred Engelmann

Industriekonjunktur: Kein Exportwachstum im Binnenmarkt, Impulse nur durch Nachfrage aus Übersee

In den ersten neun Monaten des Jahres 2012 erwirtschaftete die österreichische Industrie einen **Produktionswert** von 111,0 Milliarden Euro (Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik; Sonderauswertung nach der Kammersystematik, vorläufige Daten). Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies ein nominelles Wachstum von 4,1 %. Real (= bereinigt um den Verbraucherpreisindex HVPI) ergibt dies ein Plus von 1,6 %.

Reduziert man die Industrie um die besonders stark von der Preisentwicklung bei öl- und gasabhängigen Branchen Mineralölindustrie sowie Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen, wies die Produktion der „verbleibenden“ Industrie nur mehr ein sehr bescheidenes nominelles Plus von 0,2 % bzw. real ein Minus von 2,2 % gegenüber dem Dreivierteljahr des Vorjahrs aus.

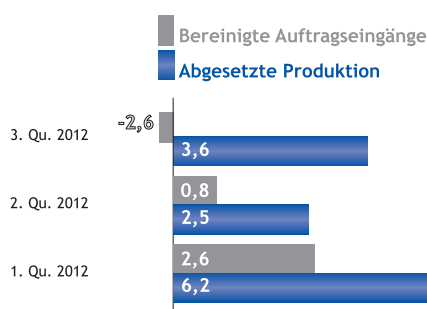
Österreichs Industrie Produktion und Aufträge, 1.-3. Quartal, nominell, in Mrd. €



Vergleicht man den von der Industrie in den ersten neun Monaten 2012 erzielten Produktionswert mit dem entsprechenden Vergleichswert des Jahres 2008, also vor der Finanz- und Wirtschaftskrise, so konnte die Industrie diesen Einbruch des Jahres 2009 nominell um 6 % wettmachen, real (inflationsbereinigt) fehlen dazu immer noch 1,8 % beziehungsweise zwei Milliarden Euro (2008/1-9: 104,7 Mrd. Euro; 2012/1-9 um HVPI bereinigt: 102,7 Mrd. Euro).

Im Verlauf des Jahres 2012 **verlangsamte** sich die Dynamik bei der abgesetzten Produktion, vor allem jedoch bei den bereinigten Auftragseingängen. Während im Startquartal 2012 das Produktionswachstum der Industrie gegenüber dem Vorjahresquartal noch 6,2 % erreichte, reduzierte sich der Anstieg im zweiten und dritten Quartal 2012 auf 2,5 % beziehungsweise 3,6 %.

Österreichs Industrie Abgesetzte Produktion und Bereinigte Auftragseingänge 2012, Nominelle Veränderung zum Vorjahresquartal in %



Für das vierte Quartal 2012 wird eine weitere Verminderung des Produktionswachstum angenommen.

Die **Branchenbetrachtung** zeigt, dass in den ersten neun Monaten 2012 acht Branchen - Gas/Wärme, Mineralöl sowie Glas, Chemie, Papierverarbeitung, Bau, Nahrungs- und Genussmittel und Maschinen & Metallwaren - ihre Produktion nominell gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum steigern konnten. Die übrigen neun Branchen erreichten ihr vorjähriges Produktionsniveau nach den vorläufigen Ergebnissen der Konjunkturstatistik nicht.

Der **Produktionsindex** der österreichischen Industrie lag im Zeitraum Jänner bis September 2012 mit 119,1 (Basis 2005 = 100) um 1,7 % über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Auftragseingänge

Die um die Storni bereinigten Industrieauftragseingänge wiesen in den ersten drei Quartalen 2012 insgesamt 65,7 Milliarden Euro aus. Sie lagen damit um nominell 0,3 % über dem Stand des Vorjahres und um rund 0,9 Milliarden Euro unter dem Niveau des Vergleichszeitraums des „Vorkrisenjahres“ 2008.

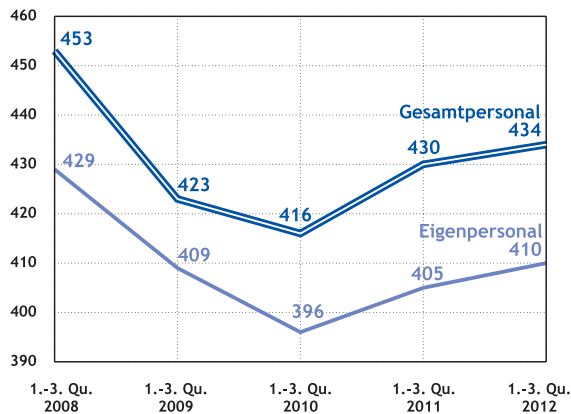
Während die **inländischen** Auftragseingänge in den ersten neun Monaten des Jahres 2012 um 5,9 % auf 18,6 Milliarden Euro anstiegen, gingen die **ausländischen** Auftragseingänge um 1,8 % auf 47,1 Milliarden Euro zurück. Im dritten Quartal 2012 betrug der Rückgang der Auftragseingänge insgesamt 2,6 %, jener der ausländischen 1,8 %, und auch das vierte Quartal dürfte keine Verbesserung bringen.

Industriebeschäftigte

Im Durchschnitt der ersten neun Monate 2012 ist die Anzahl der **Industriebeschäftigten** gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,2 % (beziehungsweise um 5.000 Personen) auf 409.454 Arbeitnehmer angestiegen. Während die Anzahl der Arbeiter mit 230.892 nahezu unverändert blieb, vergrößerte sich die Anzahl der Industrieangestellten um 3,1 % auf 164.700.

Zählt man zum oben erwähnten Eigenpersonal der heimischen Industrie das **Fremdpersonal** hinzu, so wies der Gesamtbeschäftigtenstand im Durchschnitt des Dreivierteljahres 2012 insgesamt 433.868 Personen aus (+ 0,9 % gegenüber dem Vergleichszeitraum 2011). Das Fremdpersonal ging um 4,6 % auf 24.414 Personen zurück.

Österreichs Industrie Beschäftigte - Eigenpersonal sowie Gesamtpersonal, Anzahl absolut, in 1.000

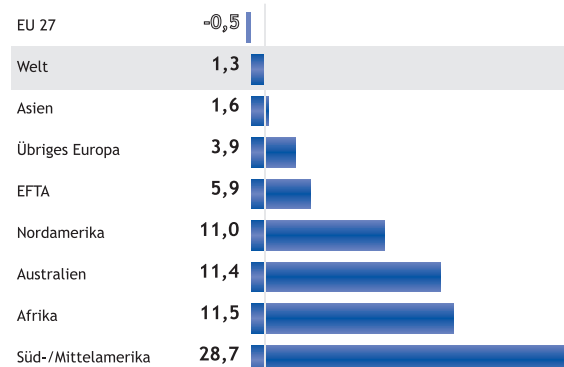


Österreichs Exporte

In den ersten elf Monaten 2012 erreichten die **österreichischen Ausfuhren** (Quelle: Außenhandelsstatistik der Statistik Austria) weltweit eine Gesamtsumme von 114,6 Milliarden Euro. Sie lagen damit um nominell 2,0 % über den Ergebnissen des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Die Einfuhren stiegen im selben Zeitraum um 1,2 % auf 122,0 Milliarden Euro. Die Warenverkehrsbilanz wies ein Passivum von 7,4 Milliarden Euro aus.

Nach **Wirtschaftsblöcken** betrachtet wurde das geringe heimische Exportplus im Zeitraum Jänner bis

Österreichs Industrie Exporte Jänner bis November 2012, Nominelle Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %



November 2012 besonders von den Lieferungen nach Amerika (plus 14,9 % auf 9,7 Mrd. Euro; davon Nordamerika um plus 11,0 % auf 7,3 Mrd. Euro) getragen. In den wichtigsten Exportmarkt, dem EU-Binnenmarkt (in den 70 % der Warenlieferungen gehen), reduzierten sich die österreichischen Versendungen um ein halbes Prozent auf 78,2 Milliarden Euro. In die EFTA wurde weiters um 5,9 % (6,8 Mrd. Euro), in das übrige Europa um 5,3 % (7,1 Mrd. Euro) und nach Asien um 3,8 % (10,5 Mrd. Euro) mehr Waren geliefert als in der vergleichbaren Periode des Vorjahrs.

In die Bundesrepublik Deutschland, in die ein Drittel aller Exporte gehen, gingen die Lieferungen um 0,3 % auf 35,2 Milliarden Euro sowie nach Italien um 8,7 % auf 7,9 Milliarden Euro zurück.

Eine Betrachtung der Asien-Exporte zeigt, dass österreichische Waren im Wert von 2,8 Milliarden Euro nach China (+ 4,5 %) beziehungsweise um 1,2 Milliarden Euro nach Japan (+ 1,2 %) verkauft werden konnten; die Exporte auf den indischen Markt brachen um über 22 % auf 0,6 Milliarden Euro ein.

Konjktureinschätzungen der Industriefachverbände über das erste Quartal 2013

Die von der Bundessparte Industrie durchgeführten Konjktureinschätzungen der Industriefachverbände betreffend die Merkmale „Produktion“, „Auftragseingänge“ sowie „Beschäftigte“ zeigen für das Startquartal 2013 eine **Stagnation der Industriekonjunktur**.

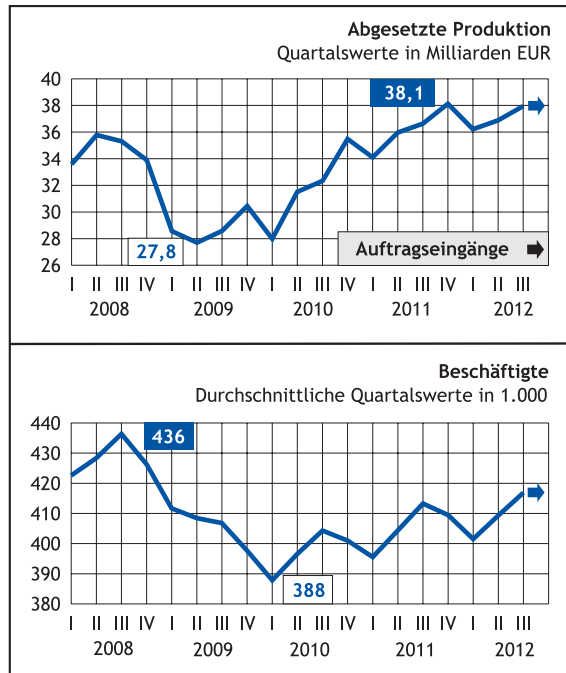
Bei der **Produktion** ergibt der Saldo der erfassten 15 Fachverbandseinschätzungen „steigend“ minus „fallend“ einen Betrag von „-2“, wobei 13 Fachverbände eine gleichbleibende Entwicklung, die beiden Fachverbände Maschinen & Metallwaren sowie Stein/Keramik hingegen einen Produktionsrückgang erwarten.

Die Einschätzung der **Auftragseingänge** für das erste Quartal 2013 fällt mit Ausnahme der Bauindustrie bei sämtlichen Branchen gleichbleibend aus. Nur die Bauindustrie rechnet mit einer Verbesserung. Der Saldo beträgt folglich „+ 1“.

Bei den **Beschäftigten** zeigt der Saldo „0“. Alle 15 Industriebranchen rechnen mit einer gleichbleibenden Beschäftigtenentwicklung und mit einem Halten ihrer Beschäftigtenstände im ersten Quartal 2013.

Dr. Manfred Engelmann ist Geschäftsführer der Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich.

Gesamtindustrie



Im den ersten neun Monaten des Jahres 2012 ist der **Produktionswert** der österreichischen Industrie real nur um 1,6 % gegenüber dem Vergleichswert des vorangegangenen Jahres gewachsen, ohne die vom Öl- und Gaspreis maßgeblich beeinflussten Branchen „Mineralölindustrie“ und „Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen“ war sogar ein realer Rückgang um 2,2 % zu verzeichnen. Für das **erste Quartal 2013** zeigen die von der Bundessparte Industrie durchgeführten Konjunktüreinschätzungen der Industriefachverbände betreffend die Merkmale „Produktion“, „Auftragseingänge“ sowie „Beschäftigte“ eine Stagnation der Industriekonjunktur.

Erläuterung

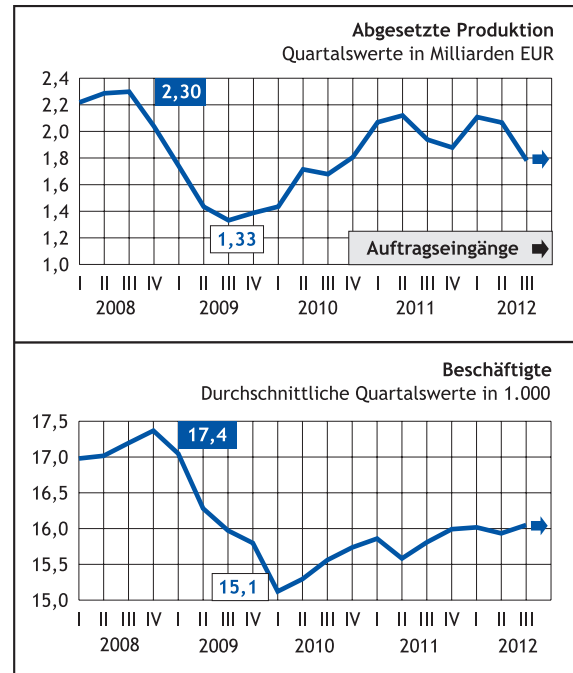
Abgesetzte Produktion: Güterliste 1 (Physische Produkte und produktionsnahe Dienstleistungen) und Güterliste 2 (Dienstleistungen im weiteren Sinne; insbesondere Handelsleistungen)

Beschäftigte: Unselbstständig Beschäftigte (ohne Fremdpersonal)

Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik; Sonderauswertung nach Fachverbänden im Auftrag der WKÖ

Die Entwicklung der Produktion, Auftragseingänge und Beschäftigung beruht auf einer qualitativen Einschätzung des jeweiligen Fachverbandes.

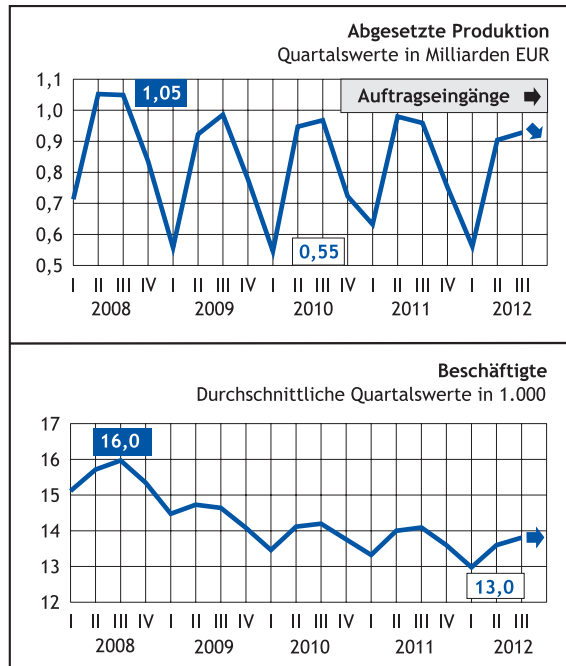
Bergwerke und Stahl



Der österreichische **Bergbau** machte im Jahr 2012 eine rückläufige Entwicklung durch. Auch im ersten Quartal 2013 erwartet die Branche ein Ergebnis unter dem Vorjahresquartal. Eine Stabilisierung könnte der erwartete Wirtschaftsaufschwung bringen. Ein erster Indikator ist das Ansteigen der Rohstoffpreise auf den Weltmärkten. Ein wesentlicher Faktor ist jedoch, ob und wie schnell sich die nachgelagerten Industriebranchen, insbesondere die Stahlindustrie, erholen. Die sich immer deutlicher abzeichnende weltweite Rohstoffverknappung sollte die Bedeutung und Positionierung des österreichischen Bergbaus stärken. Die Investitionstätigkeit ist zurückhaltend und auf Verbesserung der Produktivität sowie Forschung und Entwicklung ausgerichtet.

Die österreichische **Stahlindustrie** erwartet für das erste Quartal 2013 keine Veränderungen in der Rohstahlproduktion und im Umsatz. Im Vergleich zur europäischen Konkurrenz zeigt sich, dass die Mitgliedsfirmen mit ihren Lieferungen in selektive Absatzsegmente besser aufgestellt sind. Allerdings wird die Branche am österreichischen Standort durch zunehmende Verschärfungen der Umweltauflagen sowie hoher Energie- und Arbeitskosten belastet. Auf europäischer Ebene plant die Kommission die Erarbeitung eines Aktionsplanes für die Stahlindustrie zur Sicherung des Wachstums, der Beschäftigung und der Forschung und Entwicklung am Standort Europa. In diesem Zusammenhang ist auch die europäische Rohstoffinitiative zur Verbesserung der Versorgung mit Rohstoffen aus europäischer Herkunft zu sehen.

Stein- und keramische Industrie

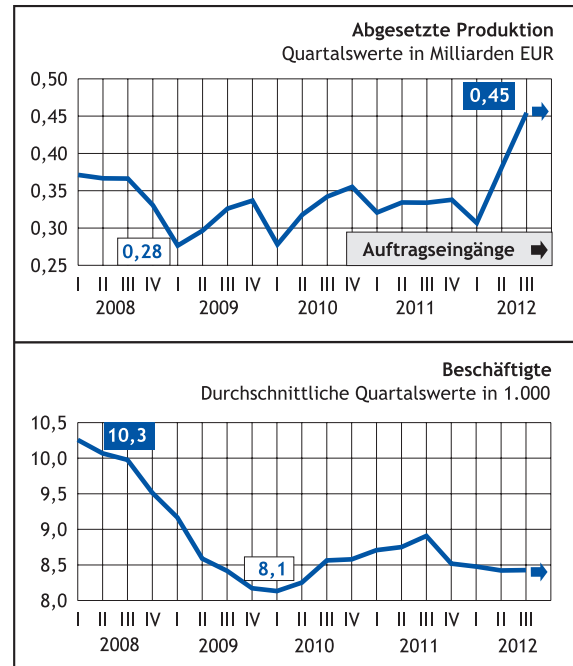


Die **Produktion** der Stein- und keramischen Industrie steht derzeit witterungsbedingt wegen geringer Bautätigkeit so gut wie still, sowohl im Hoch- wie im Tiefbau. Die **Auftragslage** ist im Hochbau der Jahreszeit entsprechend niedrig, jedoch zufriedenstellend. Im Tiefbau ist die Lage ernüchternd, abgesehen von wenigen, heuer erwarteten Großprojekten. Aufgrund ihrer hohen Verschuldung lassen die Gemeinden im Tiefbau nahezu bundesweit Aufträge vermissen. Die **exportorientierten** Branchen des Fachverbands (Schleifmittel, Feinkeramik, Feuerfest) sind naturgemäß stark abhängig von der Situation am jeweiligen Weltmarkt, größtenteils ist die Lage zufriedenstellend.

Aufgrund von Niedrigpreisbauprodukten aus den östlichen Nachbarländern besteht bei Mauersteinen ein massiver **Preisdruck**. Auch beim Transportbeton sind die erzielbaren Preise im Osten Österreichs schlecht. Die Branche hofft auf bessere Preise im Laufe des Jahres 2013. Die Erhöhung des Ökostromzuschlags und der Netzgebühren schlägt für die Industrie mit einem **Kostenzuwachs** von fast 30 % bei den Energiepreisen zu Buche. Angesichts der geringen Gewinnspannen von Bauprodukten kommen durch diese Kostenexplosion immer mehr Produktionsstandorte unter Druck.

Mit Inkrafttreten der Bauproduktenverordnung am 1. Juli 2013 braucht Österreich eine Notifizierungsbehörde, deren gesetzliche Einrichtung derzeit Bund wie Länder verweigern. Um einen „**Zertifizierungsnotstand**“ zu verhindern appelliert der Fachverband an beide Parteien sich rasch zu einigen.

Glasindustrie

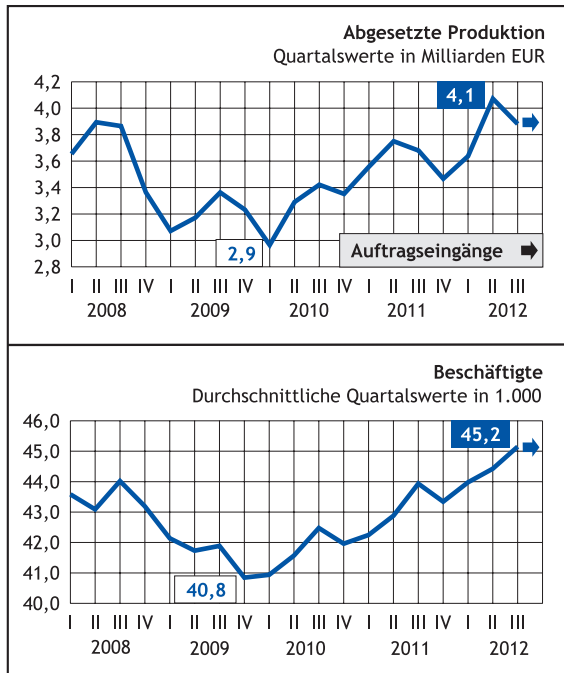


Die Auftragslage und daher auch das Produktionsvolumen in der **glasbe- und verarbeitenden Industrie** liegen um etwa 15 % unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die Auftragseingänge hinken den Erwartungen der Branche nach wie vor hinterher. Die erneute Förderoffensive zur thermischen Sanierung von Gebäuden schafft Vertrauen, allerdings kämpft die Branche derzeit vor allem bei Standardartikeln mit einem enormen Preisdruck. Eine Erholung wird sich frühestens im zweiten Quartal einstellen. Überdies macht sich auch die starke Konkurrenz aus dem asiatischen Bereich bemerkbar, die dem europäischen Markt mit Dumpingpreisen zusetzt. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in einem leichten Rückgang des Personalstandes zum Vorjahr wieder.

Der **Wirtschaftsglasbereich** zeigt sich derzeit mit konstanten Produktionskapazitäten. Die schwache Nachfrage im europäischen Raum wird durch das Wachstum auf den fernöstlichen Märkten sowie den USA nahezu kompensiert. Für das zweite Halbjahr 2013 ist man zuversichtlich und erwartet Steigerungen bei den Auftragseingängen. Die Zahl der Beschäftigten könnte jedoch leicht sinken, da bei der Produktion bestimmter Produktgruppen auf das Nachfrageverhalten reagiert wird. Bei der Preisentwicklung setzt sich der fallende Trend fort und stellt die Branche vor große Herausforderungen.

Im **Verpackungsglasbereich** ist die Auftragslage nach wie vor zufriedenstellend. Die Produktionen sind ausgelastet und der Beschäftigtenstand bleibt stabil. Die Branche bleibt jedoch hinsichtlich der weiteren Entwicklung vorsichtig.

Chemische Industrie



Gegen Jahresmitte 2012 hat die **Konjunktur** in der chemischen Industrie spürbar an Dynamik eingebüßt, in den letzten Monaten des vergangenen Jahres aber wieder Fahrt aufgenommen. Nach Ende der auf die Krise von 2009 gefolgten Aufholjagd ist die Entwicklung der chemischen Industrie wieder in grundlegend normale Bahnen gewechselt.

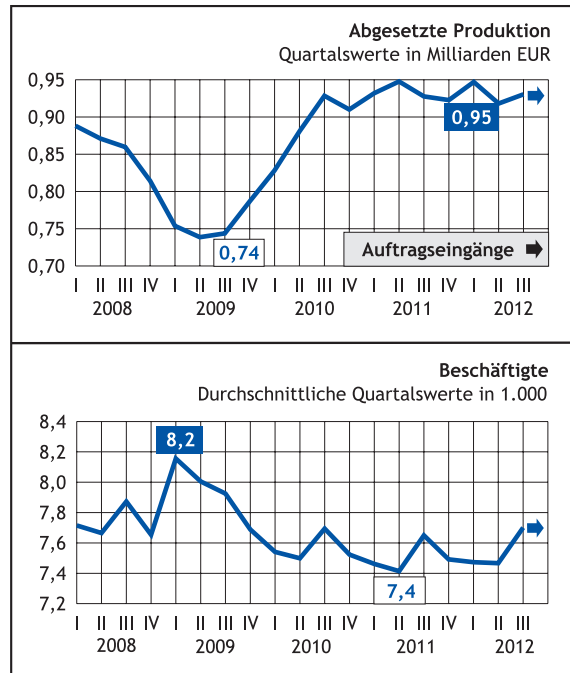
Sowohl chemische Erzeugnisse im engeren Sinn als auch Pharmazeutika sowie Kautschuk- und Kunststoffwaren haben ähnliche Resultate gebracht, wobei die Impulse vor allem vom Inlandsmarkt ausgegangen sind. Die **Exporte** - in den letzten Jahren meist Träger der Konjunktur - entwickelten sich dagegen schwächer.

Die Chemie hat im Gesamtjahr 2012 mit einem leichten Umsatzplus abgeschlossen. Die Erträge sind aber durch steigende Rohstoff- und Energiepreise sowie erhöhte Personalkosten unter Druck geraten.

Die **Beschäftigung** legte im Jahresabstand um rund zwei Prozent auf nunmehr rund 44.300 (plus 900) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu. Sie erreicht damit den höchsten Stand seit mehr als zehn Jahren.

Für das laufende Jahr wird, im Einklang mit den allgemeinen Konjunkturprognosen, eine weitere leichte Belebung spätestens in der zweiten Jahreshälfte erwartet.

Papierindustrie

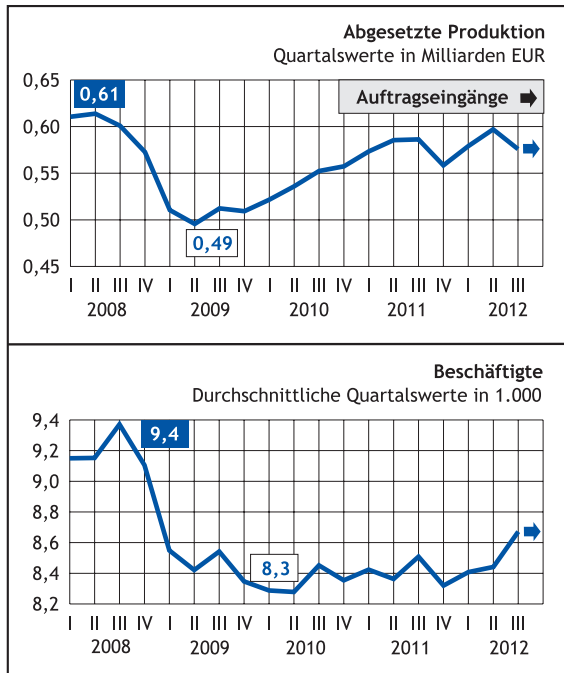


Der kräftige Aufschwung nach der Krise des Jahres 2009 ist vorbei. **Produktion** und **Absatz** wachsen seit einem Jahr nur noch leicht. Das betrifft im vierten Quartal 2012 sowohl die Papierproduktion (mit +2,1 %) als auch die Zellstoffherstellung (mit +0,7 %).

Das **Preisniveau** bei Papier ist seit einem Jahr stabil, trotz einer Hausse bei den **Kosten** für wichtige Rohstoffe, wie Holz, Altpapier und Energie. Der Zellstoffpreis der Referenz-Sorte NBSK fiel vom zweiten Quartal 2011 zum vierten Quartal 2012 von 1060 auf 810 Dollar. Notwendige Effizienzsteigerungen haben zu einem weiteren leichten Rückgang der **Beschäftigten**zahlen geführt. **Investitionen** finden derzeit vor allem im Bereich Eigenenergie-Erzeugung und weniger zum Zweck von Kapazitätserweiterungen statt. Mondi investiert in Frantschach in die Eigenversorgung von Energie, Schweighofer (der neue Eigentümer des Zellstoff-Standortes Hallein) hat für eine Sortenumstellung umgebaut und Heinzl hat bekanntgegeben, dass im Jahr 2013 in Pöls eine neue Papiermaschine (Kapazität: 80.000 Jahrestonnen) gebaut wird. Auf der anderen Seite hat die W.Hamburger-Gruppe die Schließung eines Werkes in Frohnleiten (170.000 Jahrestonnen bis zum zweiten Quartal 2013) bekanntgegeben.

Vor einem Jahr hat die europäische Papierindustrie (CEPI) eine neue „Roadmap 2050“ präsentiert, die den Weg zu einer fast CO₂-freien Zukunft weisen soll. Jetzt entstehen erste Ideen, wie dieses Ziel auf Österreich heruntergebrochen werden könnte. In Lenzing gab es dazu eine Forschertagung.

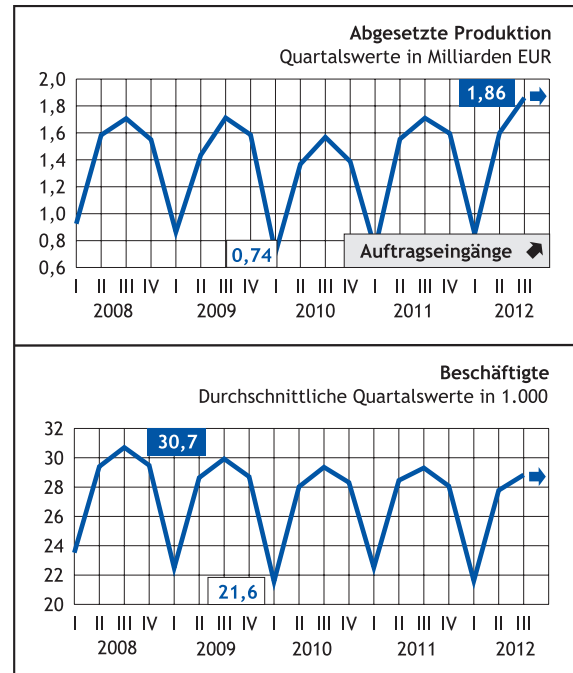
Papierverarbeitende Industrie Bauindustrie



Die **Auftragslage** der Papierverarbeitenden Industrie ist durchwachsen und von hoher Volatilität und kurzen Bestellfristen gekennzeichnet. Für das Jahr 2013 erwarten 47 % der Unternehmen eine steigende, 25 % eine rückläufige und 28 % eine gleichbleibende Auftragslage. Die Gesamterwartung für das erste Quartal 2013 weist einen geringen durchschnittlichen Auftragsanstieg von 0,7 % aus. Dem entsprechen auch die **Produktion**serwartungen, die von einem 0,5 %igen Anstieg hinsichtlich Wert und einem 1,0 %igen Anstieg der Menge ausgehen. Die **Export**erwartungen setzen den Wert- und Mengenzuwachs mit 0,5 % an. Hinsichtlich der Exporterwartungen fällt auf, dass die Unternehmen bezüglich der Warengruppe „sonstige Papierwaren“ optimistischer sind als hinsichtlich der Verpackungen.

Die **Kosten**situation ist weiterhin schwierig, angesichts der Lohn- und Gehaltsrunde (1. März 2013) sowie steigender Energiekosten und immer kurzfristigerer, zyklischer Schwankungen bei den Rohstoffpreisen. Die Weitergabe von Kostensteigerungen durch entsprechende Preisanpassungen ist auf dem internationalen Markt kaum möglich.

Das **Investitionsklima** der Branche ist von höchster Vorsicht geprägt, nur einzelne größere Projekte werden durchgeführt. Die Unternehmen trachten danach, durch striktes Kostenmanagement die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Um auf dem immer schwierigeren Arbeitsmarkt qualifizierte Mitarbeiter in ausreichendem Umfang zu finden, hat der Fachverband ein Employer Branding Projekt gestartet.

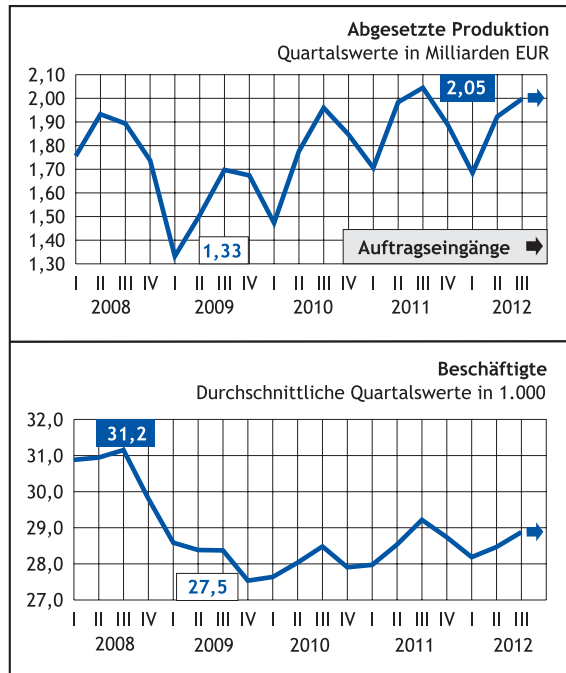


Die **Auftragslage** wird im Hochbau derzeit noch durch den Wohnbau getragen. Der Rückgang der Baubewilligungen lässt allerdings auf eine Abschwächung in den kommenden Perioden schließen. Noch immer nicht an der Talsohle angelangt ist die Auftragsituation im Tiefbau. Ambitioniertere Bauprogramme der großen Infrastrukturauftraggeber werden vermutlich erst ab 2014 Wirkung zeigen. Die **Produktion**sdaten im ersten Quartal haben saisonbedingt nur geringe Aussagekraft. Aufgrund der im Vergleich zum Vorjahr schwierigeren Witterungsbedingungen, war die Bauproduktion allerdings geringfügig rückläufig. Insgesamt wird für das Jahr 2013 ein geringfügiger Real-Zuwachs der Bauproduktion von etwa 0,6 % erwartet.

Die Zahl der **Beschäftigten** im Hoch- und Tiefbau (Baugewerbe und Industrie) blieb im vierten Quartal 2012 nahezu unverändert. Witterungsbedingt waren die Beschäftigtenzahlen im ersten Quartal 2013 (saisonbereinigt) gegenüber 2012 rückläufig. Demgemäß waren die Arbeitslosenzahlen im Bereich Hoch- und Tiefbau im vierten Quartal 2012 sowie im Jänner 2013 wieder steigend.

Ein Vergleich von **Baukosten**- und **Baupreis**indizes zeigt, dass im vierten Quartal 2012 die Herstellkosten der Unternehmen wieder deutlich stärker gestiegen sind als die am Markt erzielbaren Preise für Bauleistungen.

Holzindustrie



In den aktuellen Daten zur **Auftragslage** für das erste Quartal 2013 sieht man die weiterhin schwierige Lage der Branche, wenngleich die Indikatoren nicht mehr so deutlich nach unten zeigen wie zuletzt. Signifikante Anzeichen einer Konjunkturbelebung gibt es aber auch nicht. Die **Produktion** stagniert auf niedrigem Niveau.

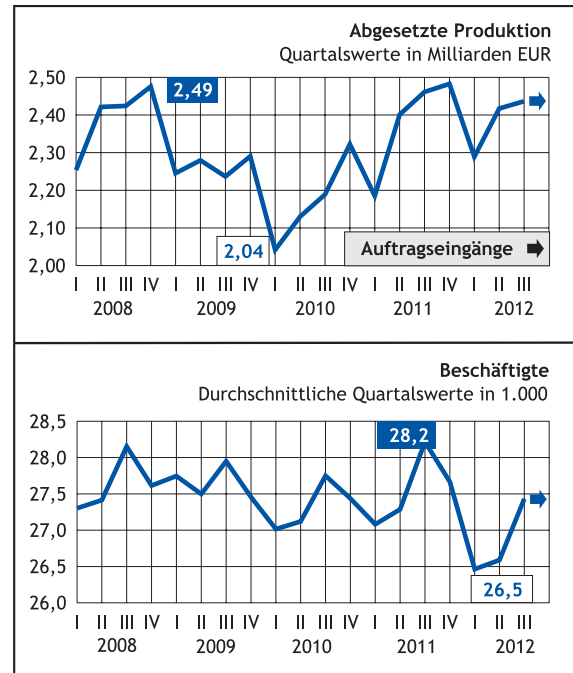
Die angestammten **Exportmärkte** bleiben hinter den Erwartungen zurück. Erfolge sind nur auf neuen Exportmärkten zu erzielen.

Die **Preise** für Halb- und Fertigprodukte stehen stark unter Druck, Preiserhöhungen sind kaum durchsetzbar. Demgegenüber ist die **Kostensituation** angespannt: Insbesondere die Rohstoffpreise bewegen sich seit längerem auf Rekordniveau.

Das **Investitionsklima** ist von Vorsicht geprägt, nennenswerte Investitionen werden hintangestellt. Die Beschäftigtenstände werden gehalten, Kurzarbeitsanträge liegen derzeit kaum vor.

Das Hauptbestreben der Branche ist die Sicherung der Rohstoffversorgung der Holzindustrie. Mit der Schwerpunktaktion „Geniale Holzjobs“ wird weiters die Akquisition der künftigen Arbeitskräfte unterstützt.

Lebensmittelindustrie

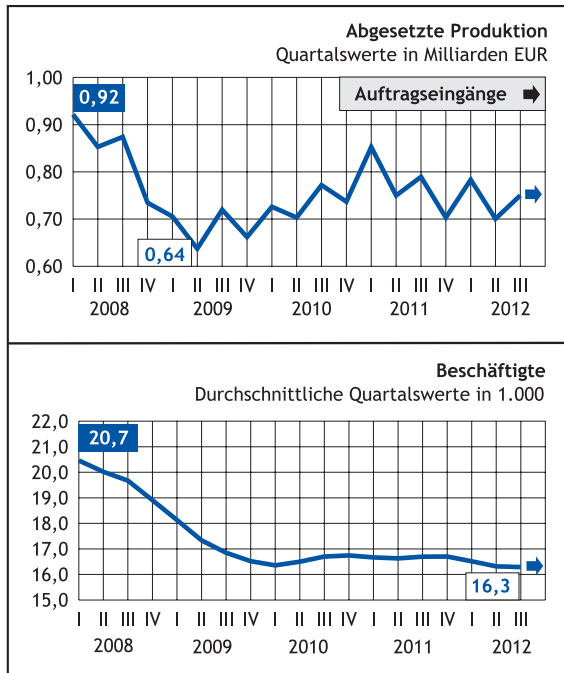


Der **Jahresumsatz** der österreichischen Lebensmittelindustrie dürfte im Jahr 2012 fast acht Milliarden Euro (+2,5 % gegenüber 2011) erreicht haben.“ Hohe Rohwarenpreise und Steigerungen im Export sind für diese Entwicklung hauptverantwortlich. Im Inland bekommt die Lebensmittelindustrie den Kampf um Marktanteile im österreichischen Lebensmitteleinzelhandel Tag für Tag deutlich negativ zu spüren. Für das Jahr 2013 ist mit weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen am Inlands- und Exportmarkt zu rechnen.

Steigenden Rohstoff-, Energie- und Transport**kosten** bedeuten große Herausforderungen für die Lebensmittelbranche. Mit einer Entspannung bei den Rohwarenpreisen ist langfristig nicht zu rechnen. Der Anstieg der Weltbevölkerung bei rapide „verwestlichenden“ Ernährungsgewohnheiten, der Klimawandel und Spekulationen bei wichtigen Grunderzeugnissen sind dafür maßgeblich. Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen daher auch künftig mit moderaten Preissteigerungen rechnen.

Wichtige Impulse für das Wachstum im Jahr 2012 kamen aus dem **Export**. Die Ausfuhren von österreichischen Lebensmitteln und Getränken dürften im Jahr 2012 einen Betrag von mehr als fünf Milliarden Euro (+2,7 % gegenüber 2011) erreicht haben. Der Wettbewerbsdruck auf vielen Auslandsmärkten ist infolge der Euro- und Wirtschaftskrise aber hoch und wichtige EU- bzw. Drittlandsmärkte gestalten sich zunehmend schwieriger. Gerade der Export in viele EU-Mitgliedstaaten entwickelt sich derzeit (wohl aufgrund vieler „Sparpakete“) schwächer als erwartet.

Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

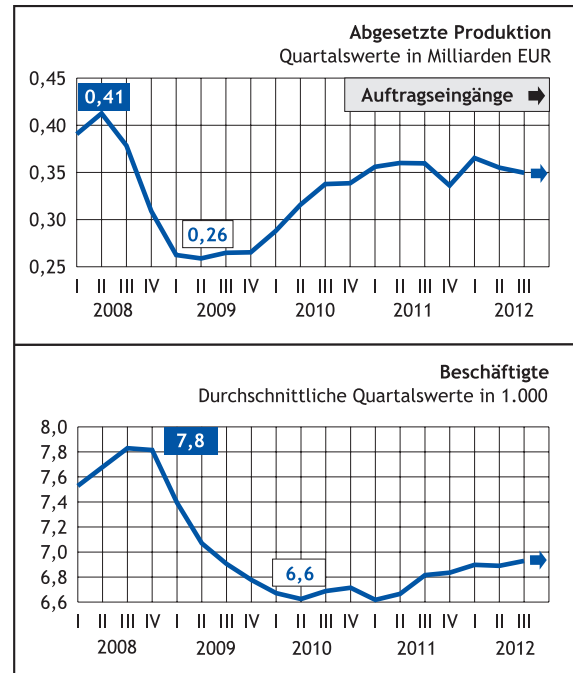


Die Auftragseingänge in der **Bekleidungsindustrie** für die Herbst-/Wintersaison 2013/14 sind überwiegend zufriedenstellend verlaufen, im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist von einem Aufwärtstrend auszugehen. Die Betriebe melden gegenüber dem Vorjahresquartal für die Produktion geringe Veränderungen mit leicht steigenden Tendenzen. Der Beschäftigtenstand im Inland zeigt derzeit geringe positive Veränderungen.

Laut Konjunkturtest des WIFO vom Jänner 2013 sind 55,6 % der befragten Firmen der **Textilindustrie** der Meinung, die Auftragsbestände sind üblich. Die Geschäftslage für eigene Produkte ist für 66,7 % befriedigend und auch in den letzten drei bis vier Monaten gleich geblieben. Ebenfalls 66,7 % der befragten Firmen meinen, dass die Geschäftslage für die eigenen Produkte in den nächsten sechs Monaten gleich bleiben wird.

Die Auftragslage **der Leder erzeugenden Industrie** wird als stagnierend bis leicht fallend eingestuft. Die Exporte werden als rückläufig eingestuft. Die Preisentwicklung ist gleichbleibend bei erhöhten Rohhautpreisen. Strategien sind Diversifizierung und Erhöhung der Kundenzahl.

Gießereiindustrie



Nach sehr zurückhaltenden **Auftragseingängen** gegen Ende des letzten Jahres, ist in den ersten Monaten 2013 eine gewisse Aufholbewegung festzustellen: Zurückgestellte Abruforders aus der Automobilindustrie werden nun abgerufen, teilweise kommt es zu geringfügigen Erhöhungen. Dies ist jedoch sehr uneinheitlich und hängt von der Kundenstruktur ab. Für das Gesamtjahr 2013 wird eine Seitwärtsbewegung bezüglich der Menge erwartet.

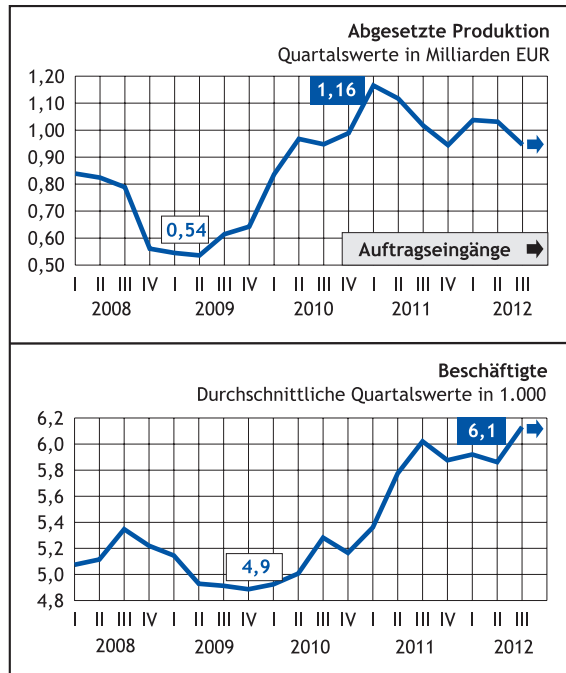
Die Volatilität hat weiter zugenommen. Kunden erwarten sich immer kürzere Lieferzeiten, der Bestellvorlauf ist weiter reduziert worden.

Problematisch gestaltet sich der Kundenkreis der Bauwirtschaft, da hier das Auftragsvolumen zurückgegangen ist. Ebenso sind die Auftragsorders im Bereich Maschinenbau und Energiewirtschaft weiter zurückhaltend und nicht so positiv wie im Bereich der Automobilindustrie.

Die **Beschäftigtenstruktur** ist gleichbleibend.

Insgesamt wird im Schnitt über alle Branchen von einer Seitwärtsbewegung ausgegangen.

NE-Metallindustrie



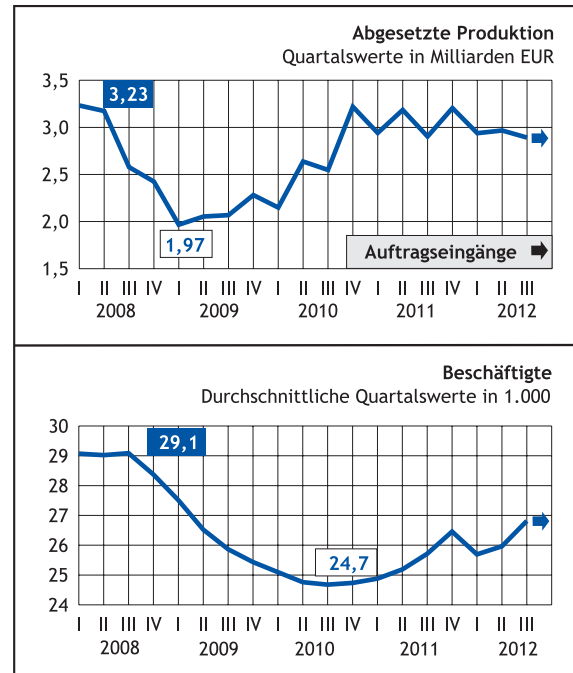
Die österreichische NE-Metallindustrie erwartet im ersten Quartal 2013 etwa das Niveau des Vorjahresquartals zu erreichen. Impulse aus dem nationalen und internationalen Marktumfeld, ein leichtes Ansteigen der Weltmarktpreise für Aluminium und Kupfer an der London Metal Exchange (LME) sowie ein etwas stabilerer Auftragseingang bilden die Grundlage für diese Prognose.

Bei **Aluminium** geriet der Marktpreis im Vorjahr unter Druck, die Trendwende kam etwa mit dem Jahreswechsel. Das spiegelt sich sowohl im Auftragseingang als auch in der Produktion von Walzprodukten wider: hier konnten leichte Steigerungen verzeichnet werden. Nach wie vor angespannt ist die Marktsituation bei Extruderprodukten. Das resultiert aus der nach wie vor stagnierenden Entwicklung der Bauindustrie und des Energiesektors.

Die österreichische **Kupferindustrie** macht eine ähnliche Entwicklung durch: leichte Steigerungen verzeichnen die Nachfrage und Produktion von Kupferformaten aus Kupferkathoden. Bei Kupferhalbfabrikaten konnte auf Grund fehlender Investitionen in den nachgelagerten Branchen, insbesondere der Bauindustrie, eine derartige Entwicklung noch nicht festgestellt werden. Bei **Wolfram**produkten wird ein Ergebnis in der Höhe des Vorjahresquartals erwartet.

Investitionen werden derzeit im Produktionsbereich und im Ausbau der Logistik durchgeführt. Die Zahl der Beschäftigten ist unverändert.

Fahrzeugindustrie

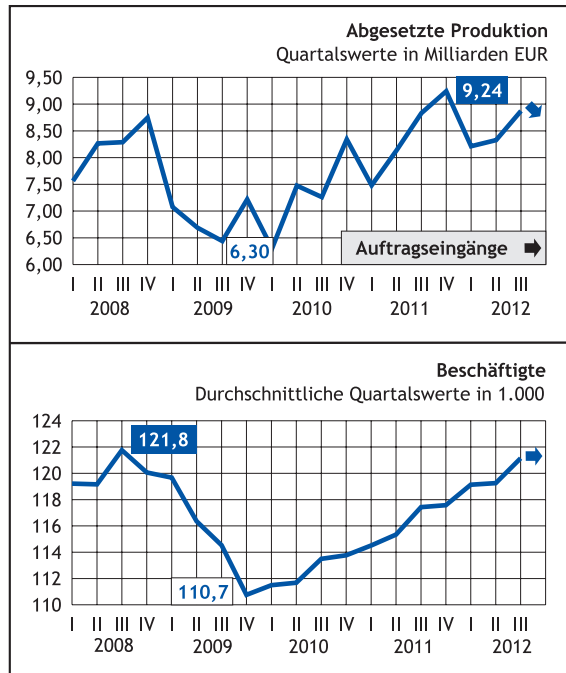


Die österreichische Fahrzeugindustrie hat eine heterogene Branchenstruktur mit unterschiedlichen Konjunkturzyklen in den einzelnen Segmenten (wie Pkw, Lkw, Motoren & Getriebe, Landwirtschaft). Somit erklärt sich, dass 32 % der Unternehmen ein Produktionswachstum, andere hingegen Produktionsrückgänge beziehungsweise kein Wachstum (Anteil: 68 %) melden. Im Branchenschnitt konnte - nach den massiven Produktionseinbrüchen der Jahre 2008 und 2009 - das Produktionsvolumen 2010 und 2011 wieder auf Vorkrisenniveau gesteigert werden. Im Jahr 2012 stagniert das Volumen jedoch auf dem Niveau 2007.

Im ersten Quartal 2013 muss mit einem nominellen **Produktionsrückgang** in Höhe von rund zwei Prozent gerechnet werden. Besonders der Bereich „Motoren & Getriebe“ ist - nach drei sehr erfolgreichen Jahren - aktuell mit Produktionsrückgängen konfrontiert. Auch im Nutzfahrzeugsektor ist eine Abnahme bei den Auftragseingängen spürbar. Zuwächse werden hingegen von Aufbauten-Herstellern gemeldet.

Eine Notwendigkeit für den Fortbestand der Branche am Standort Österreich ist eine laufende Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Zur Erreichung dieses Anspruches werden zurzeit verstärkt Beschäftigte in der Forschung und Entwicklung, sowie für Herstellung neuer Anlagen und Produktionslinien eingesetzt. Dieser gezielte Personalaufbau kompensiert so weitgehend den (bedingt durch Produktionsrückgänge) geringeren Bedarf an Beschäftigte. Somit sind derzeit keine Veränderungen bei den **Beschäftigtenzahlen** zu erwarten.

Maschinen & Metallwaren



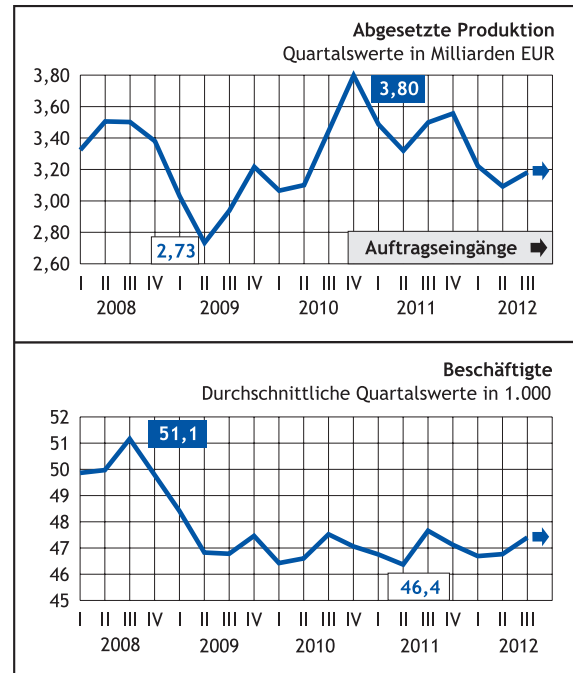
Momentan deuten die Indikatoren darauf hin, dass sich die Maschinen- und Metallwarenindustrie wieder aus ihrer Minirezession befreit. Die Aussichten der Unternehmer sind leicht optimistisch, besonders gilt das für den Maschinenbau. Die **Auftragsbestände** liegen in etwa auf Normalniveau, die **Produktion** ist momentan leicht sinkend. Grund dafür sind leicht rückgängige Auftragseingänge aus den letzten Monaten, das gilt in erster Linie für die Metallwarenindustrie.

Der Großteil der Produktion wird nach Europa **exportiert** (75 % der Exporte bleiben in Europa), trotzdem hat sich speziell in den letzten Quartalen der US Markt als sehr dynamisch erwiesen. China zählt mittlerweile auch schon zu den Top 5 Handelspartnern der Maschinen- und Metallwarenindustrie.

Erfreulich ist die stabile Entwicklung am **Beschäftigten**sektor. Trotz hoher Zuwächse in den letzten Quartalen und fragilem wirtschaftlichen Umfeld denken die Unternehmen momentan nicht an einen Beschäftigtenabbau. Das zeigt das Vertrauen der Unternehmer in die eigenen Geschäftsfelder. Die mittelfristigen Erwartungen, die bis vor kurzem noch sehr schwach waren, sind mittlerweile auch wieder auf zumindest neutralem Niveau.

Auf den Metallmärkten kam es zu einer leichten **preislichen** Entspannung, die Tendenz zeigt weiter leicht nach unten.

Elektro- und Elektronikindustrie



Eine verhaltene Konjunktorentwicklung der Weltwirtschaft und eine Stagnation der Wirtschaftslage im EU-Raum haben die Entwicklung der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie geprägt. Die Produktion im ersten Quartal 2013 hat sich gegenüber der guten Entwicklung im ersten Quartal 2012 leicht abgeschwächt. **Auftragslage** und **Produktion** lagen im ersten Quartal 2013 zwar auf hohem Niveau, die Produktionsentwicklung in vielen Sparten der Elektro- und Elektronikindustrie war aber leicht rückläufig.

Etwas verbessert hat sich die Situation am Inlandsmarkt, obwohl die Nachfrage weiterhin verhalten ist und unter den Erwartungen liegt. Die noch schwache Konjunktorentwicklung auf den Weltmärkten ließ auch die **Exportnachfrage** nach Elektrotechnik- und Elektronikprodukten kaum wachsen, verursacht vor allem durch die Stagnation im EU-Raum.

Die Kapazitätsauslastung in den Firmen ist hoch, das von den Firmen der Elektro- und Elektronikindustrie eingesetzte Fremdpersonal liegt auf hohem Niveau. Die Zahl der in der Elektro- und Elektronikindustrie **Beschäftigten** konnte gegenüber dem Vorjahresquartal in den meisten Unternehmen gehalten werden.

Aufgrund der prognostizierten, leichten Erholung der Weltwirtschaft wird die Konjunktorentwicklung der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie im ersten Halbjahr 2013 insgesamt als positiv eingeschätzt.

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Telefon: 05 90 900 DW 3417

Telefax: 05 90 900 DW 113417

Internet: <http://wko.at/industrie>

E-Mail: bsi@wko.at

Dr. Manfred Engelmann

(DW 3422)

Spartengeschäftsführung, Strategieentwicklung, Koordination der Interessenvertretung Industrie, Industriepolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Grundsätzliche Fragen der Arbeitgeber- und Kollektivvertragspolitik
Arbeitsrechtliche Grundsatzfragen
Betreuung: Fachverbände des Eisen/Metallsektors



Mag. Andreas Mörk

(DW 3436)

Arbeitgeberpolitik, Arbeitsrechtliche Grundsatzfragen, Kollektivvertragspolitik, Arbeitsrecht der Industrie, Arbeitsverfassung, Arbeitsvertrags-, Arbeitszeit- und Urlaubsrecht

KV-Betreuung: Chemie, Glas, Papier, FEEL, Fachverbände des Eisen/Metallsektors



Dr. Christoph Kainz

(DW 3415)

Arbeitsmarkt, Behindertenrecht, ArbeitnehmerInnenschutz, Gleichbehandlung, Ausländerrecht, KV-Betreuung: Bekleidung, Leder



Mag. Harald Stelzer

(DW 3443)

Arbeitsrecht der Industrie, Sozialversicherung, KV-Betreuung: Bau, Holz, Stein/Keramik, Mineralöl, Film, Textil



Dr. Reinhard Drössler

(DW 3429)

Arbeitsrecht der Industrie, Sozialversicherung, Inländischer Arbeitsmarkt, KV-Betreuung: Nahrungs- und Genussmittel, PPV, Fachverbände des Eisen/Metallsektors



Ing. Johann Markl

(DW 3414)

ArbeitnehmerInnenschutz, Arbeitsgestaltung, Betreuung aller Fachverbände in technischen Belangen der Berufsausbildung, Industrielehre



Mag. Michael Renelt

(DW 3460)

Wirtschaftspolitik, Forschungs- und Technologiepolitik, Industriekonjunktur, Industriestatistik, Exportpreis



Mag. André Buchegger

(DW 3423)

Energie- und Klimapolitik, Umweltverträglichkeitsprüfung UVP, Umweltförderungen



Mag. Richard Guhls

(DW 3435)

Allgemeine Umweltpolitik, Wasser, Luftqualität, Lärm, Chemikalien, REACH, GHS, Rohstoffe und Ressourceneffizienz, Biodiversität und Naturschutz, Nachhaltigkeit



Mag. Andrea Bärenthaler

(DW 3403)

Abfall, Abfallwirtschaft, Änderungen im Betriebsanlagenrecht, Anlagenrecht allgemein, Boden, Bodenschutz, Umweltmanagementsysteme



Mag. Hagen Pleile

(DW 3214)

Recht und Infrastruktur, Wettbewerbsrecht, Verkehrspolitik, Gewerberecht, allg. Rechtsfragen, Nomenwesen, Vergaberecht, Arge Palettenpool

